

**Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026**

**15. Sitzung vom 13. Dezember 2023, 19.00 Uhr**

**Schulhaus Hofern (Aula), Sonnenbergstrasse 28/30, 8134 Adliswil**

---

Anwesend	Reto Buchmann	Präsident
	Sait Acar	Wolfgang Liedtke
	Harry Baldegger	Gabriel Mäder
	Angela Broggin	Heinz Melliger
	Vera Buchmann-Bach	Kannathasan Muthuthamby
	Hanspeter Clesle	Simon Schanz
	Bernie Corrodi	Daniel Schneider
	Daniela Eggenberger	Rolf Schweizer
	Xhelajdin Etemi	Jacqueline Schoch
	Daniel Frei	Christoph Sütterlin
	Heinz Geissler	Sarah Tosun
	Thomas Iseli	Renata Vasella Billeter
	Martial Jacoma	Martin Weber
	Renato Jacomet	Pascal Welti
	Florian Kälin	Urs Weyermann
	Urs Künzler	Esen Yilmaz
Abwesend	Pascal Engel	Sebastian Huber
	Silvia Helbling	Urs Huber
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Denise Charaabi-Krenz	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Marianne Oswald	Soziales
	Felix Keller	Bau und Planung
	Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe

Farid Zeroual

Präsidiales und Einwohnerkontakte

Abwesend

-/-

## **Traktanden**

### **1. Mitteilungen**

### **2. Ausserordentliche Fragestunde**

### **3. Finanz- und Aufgabenplan (GGR-Nr. 2023-873)**

Aussprache und Kenntnisnahme

### **4. Budget 2024 (GGR-Nr. 2023-874)**

Antrag des Stadtrats vom 19. September 2023 und geänderter Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 20. November 2023

### **5. Feuerwehr Adliswil, Kreditantrag für die Erhöhung des Stellenplans (GGR-Nr. 2023-790)**

Antrag des Stadtrats vom 22. August 2023 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 27. November 2023

## **Eröffnung der Sitzung**

### **Ratspräsident Reto Buchmann**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 15. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es aus Ihren Reihen Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

## **1. Mitteilungen**

### **Entschuldigungen**

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats vier Entschuldigungen vor. Stadträtin Carmen Marty Fässler wird uns nach der Fragestunde verlassen, weil ihr Sohn heute den sechzehnten Geburtstag feiert.

### **Weihnachten**

Auf Ihren Tischen finden Sie einen süssen Adventsgruss, verbunden mit den besten Wünschen zu den bevorstehenden Weihnachts- und Festtagen. Das Chlaussäckli stammt von der Institution VESO. VESO fördert die Inklusion und befähigt Menschen mit psychischer Beeinträchtigung und/oder sozialen Schwierigkeiten, an der Gesellschaft zu partizipieren. Es entwickelt und führt bedürfnisorientierte Wohn-, Tagesstruktur- und Arbeitsangebote. (*Geschenk Chlaussäcke*)

### **Rücktritt eines Ratsmitglieds**

Kurzfristig hat uns ein Rücktritt über den Bezirksrat erreicht. Gemeinderätin Ann-Kathrin Biagioli (GLP) hat um vorzeitige Entlassung aus dem Amt als Gemeinderätin per 30. November 2023 ersucht. Der Bezirksrat hat dem Gesuch entsprochen und den Stadtrat zur Ersatzwahl eingeladen. Im Namen des Grossen Gemeinderats danke ich Ann-Kathrin Biagioli für Ihre geleisteten Dienste.

An dieser Stelle den Hinweis an unsere Stimmzähler. Der Grosse Gemeinderat besteht aktuell nur noch aus 35 Ratsmitgliedern. Die heutigen Absenzen hier natürlich nicht miteingerechnet.

### **Mitteilungen aus dem Stadtrat**

#### **Stadtpräsident Farid Zeroual zum Thema "Umfrage städtische Kommunikation"**

Sicher kennen Sie alle den Adliswiler Stadtbrief und wahrscheinlich haben Sie für Medienmitteilungen und Neuigkeiten auch schon die Webseite der Stadt Adliswil besucht. Vielleicht haben Sie den einen oder anderen Nachrichten Service der Stadt abonniert. Und vielleicht sind Sie der Verwaltung der Stadt Adliswil schon auf LinkedIn oder Facebook begegnet.

Seit einigen Jahren kommuniziert Adliswil auf mehreren Kanälen und mit unterschiedlichen Inhalten und Formaten.

Was Beachtung findet und was im allgemeinen und stetigen Strom von Nachrichten und Meldungen untergeht – wir wissen es nicht.

Aus eigener Beobachtung wissen wir jedoch, dass sich die Bedürfnisse und Anforderungen an die Kommunikation der Stadtverwaltung laufend verändern. Damit die Kommunikation besser entlang der vielfältigen Wünsche und Bedürfnisse ausgerichtet werden kann, führt die Stadt Adliswil aktuell eine Umfrage durch. Mit dieser Umfrage möchten wir Sie um Ihre Meinung bitten. Die Ergebnisse werden als Grundlage zur Überarbeitung des Kommunikationskonzepts einfließen.

Gerne lade ich Sie ein, uns ihre Einschätzungen und Gedanken mitzuteilen. Den Einstieg in die Online Umfrage finden Sie auf der Webseite der Stadt Adliswil. Die Umfrage ist anonym und dauert zirka 8 - 10 Minuten. Ich bedanke mich für Ihre Teilnahme und Ihre Zeit – wir schätzen dies sehr und es hilft uns, uns stetig zu verbessern.

### **Stadträtin Marianne Oswald zum Thema "Projektstand Inklusion"**

Gerne informiere ich Sie über den aktuellen Stand des Legislaturziels "Inklusion", also der Einbindung und gleichberechtigter Teilnahme am öffentlichen Leben von Menschen mit Behinderungen.

Zur Standortbestimmung und zur Identifizierung des Handlungsbedarfs bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention hat die Stadt Adliswil am kantonalen Screening-Angebot "Inklusions-Check" teilgenommen.

In diesem Rahmen fand im April 2023 ein Runder Tisch mit betroffenen Personen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung statt. Zusätzlich wurde von der Stadtverwaltung ein ausführlicher Fragebogen beantwortet.

Dieser Inklusionscheck ist mittlerweile abgeschlossen. Nun wurde ein Verfahren gestartet, um einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten. Dabei werden Abteilungen der Stadtverwaltung wiederum mit betroffenen Personen zusammenarbeiten.

Der Katalog soll im Herbst 2024 vorliegen und die Grundlage bilden für die Auswahl und Umsetzung von Massnahmen.

### **Fraktionserklärung**

#### **Wolfgang Liedtke (SP) zum Thema "Volksinitiative Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei Verdichtung"**

Heute vor einer Woche, am 6. Dezember 2023, lag mir die Information vor, dass für die Volksinitiative «Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei Verdichtung» mehr als 500 Unterschriften vorlagen. Das Initiativkomitee, bestehend aus Vertretern der Grünen, des Mieterverbandes und der SP, hat also innerhalb von zwei Monaten und zwei Wochen mehr als die notwendige Anzahl der Unterschriften für die Volksinitiative sammeln können. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Adliswiler Bevölkerung das Thema «bezahlbare Wohnungsmieten» als wichtiger einstuft als die Mehrheit ihrer Vertreter hier im Rat, und lässt eine Annahme unseres Vorschlags an der Urne erwarten.

## **2. Ausserordentliche Fragestunde**

Schriftliche Fragen: Gemäss Art. 67 der GeschO GGR findet heute aufgrund des Traktandums 4 – Budget 2024 – eine ausserordentliche Fragestunde statt.

#### **Xhelajdin Etemi (SP) zum Thema "Feuermelder im Stadthaus"**

Unsere Fraktion ist aufgefallen, dass im Stadthaus die Feuermelder mit "Ausser Betrieb" beschriftet sind.

- Was passiert, wenn ein Brand ausgelöst wird?
- Wie sicher ist das Personal im Stadthaus?
- Und wann wird die Anlage wieder in Betrieb genommen?

#### **Stadtrat Mario Senn zur Beantwortung**

- Was passiert, wenn ein Brand ausgelöst wird?

Wird im Stadthaus ein Brand festgestellt, wird die Feuerwehr mittels Notruf 118 alarmiert. Eine eigentliche Brandmeldeanlage ist aufgrund der Grösse und der Personenbelegung des Stadthauses nicht vorgeschrieben. Der Projektausschuss Stadthausenerweiterung hat im Rahmen der Projektplanung entschieden, dass freiwillig eine Anlage mit einem Teilschutz umgesetzt werden soll. Da die Anlage freiwillig ist und nicht das ganze Gebäude überwacht, erfolgt auch keine direkte und automatisierte Alarmierung der Feuerwehr.

- Wie sicher ist das Personal im Stadthaus?

Die umgesetzten Sicherheitseinrichtungen im Stadthaus entsprechen den feuerpolizeilichen Vorgaben und Regelungen. Dies auch ohne in Betrieb stehende Gefahrenmeldeanlage.

- Wann wird die Anlage wieder in Betrieb genommen?

Wie durch den Projektausschuss beschlossen, wurde eine freiwillige Gefahrenmeldeanlage mit Rauchmeldern im Stadthaus installiert. Eine direkte Alarmierung der Notrufzentrale von Schutz & Rettung Zürich, die wiederum unsere Feuerwehr alarmieren würde, ist mit einer solchen freiwillig erstellten Gefahrenmeldeanlage nicht möglich, weil das den strengen Vorschriften der GVZ widersprechen würde. Soll eine automatisierte Alarmierung der Feuerwehr hergestellt werden, ist dies durch technisch ziemlich komplizierte Einrichtungen über eine private Alarmierungsstelle möglich. Diese Umsetzung wurde in Auftrag gegeben. Im Zusammenhang mit im Moment ungelösten technischen Problemen der Lieferfirma konnte die Lösung bis anhin nicht umgesetzt werden. Wir bleiben dran, trotzdem kann ich keine Zeitprognose zur Lösung der technischen Probleme der Drittfirma machen. Ich betone aber noch einmal: Das Stadthaus erfüllt die gesetzlichen Vorgaben und ist in dem Sinn sicher.

#### **Rolf Schweizer (FDP) zum Thema "Ende des Pilotversuchs für die Sammlung von Haushaltskunststoffen"**

Ich beziehe mich auf die Mitteilung auf der Homepage der Stadt Adliswil vom 30. November 2023. Bis November 2023 wurden 21'800 Kilogramm Plastikabfall abgegeben. Das ist gut ein Kilo pro Einwohner.

- Was war die Zielgrösse, um den Pilotversuch als Erfolg zu klassifizieren und wie wurde dieser Zielwert definiert?
- Wurde die Qualität des Plastikabfalls analysiert, z.B. auf Anteil Fremdstoffe, und wenn ja, wie war das Resultat?
- Warum wird die Plastiksammlung durch die Stadt Adliswil nicht weiter angeboten?

Eine frei zugängliche Sammelstelle, zum Beispiel auf dem Stadthausareal oder im Entsorgungspark. So kann ich ja heute im Entsorgungspark auch Pet Flaschen abgeben und nicht nur in Geschäften, wo ich sie gekauft habe.

### **Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung**

Ich komme gleich darauf zurück, warum ich zurzeit erst einen Teil der Fragen beantworten kann.

- Was war die Zielgrösse, um den Pilotversuch als Erfolg zu klassifizieren und wie wurde dieser Zielwert definiert?

Die Kunststoffmengen, die bis jetzt im Rahmen des Pilotversuchs mit dem System Sammelsack gesammelt wurden, bewegten sich auf einem vergleichbaren Niveau wie die Mengen, die Städte mit ähnlicher Grösse wie Adliswil üblicherweise sammeln. Es war die erwartete Menge, sie stimmt ungefähr überein mit anderen Orten, wo diese Sammlung auch ausprobiert wurde.

- Wurde die Qualität des Plastikabfalls analysiert, z.B. auf Anteil Fremdstoffe, und wenn ja, wie war das Resultat?

Eine eingehendere Analyse der gesammelten Menge sowie möglicher Fremdstoffanteile erfolgt am Ende des Pilotversuchs im Rahmen der Beantwortung der noch hängenden Motion "Sammlung von Plastikabfällen aller Art auf dem Stadtgebiet und Zuführung zur Wiederverwertung", die im ersten Halbjahr 2024 erfolgen wird.

- Zur dritten Frage: Warum wird die Plastiksammlung durch die Stadt Adliswil nicht weiter angeboten?

Zuerst wird jetzt beobachtet, wie das Sammelsystem der Migros seitens Bevölkerung angenommen wird und ob allenfalls weitere Detailhändler oder Detailhändlerinnen in Adliswil eine Sammlung anbieten werden. In einem weiteren Schritt wird entschieden werden, ob und in welcher Form die Stadt Adliswil erneut eine eigene Kunststoffsammlung anbieten wird. Denn ein anderes Thema ist nämlich die Logistik, bis jetzt gab es unsererseits keine Leerfahrten, da die Detailhändler unsere Ware abholten, wenn sie ihren eigenen Kunststoff abtransportierten. Wir werden das zu einem späteren Zeitpunkt anschauen und dann entscheiden.

### **3. Finanz- und Aufgabenplan 2023 - 2027 (GGR-Nr. 2023-837)**

#### **Aussprache und Kenntnisnahme**

Der Finanz- und Aufgabenplan ist ein Führungs- und Informationsinstrument des Stadtrats. Das Parlament hat deshalb kein Mitspracherecht. Mit seiner mittelfristigen Perspektive gibt er uns aber wichtige Informationen über die Finanz-, Investitions- und Steuerpolitik. Da bei diesem Geschäft kein Beschluss zu fällen ist, gibt es keine Eintretensdebatte und Detailberatung, sondern einfach eine Debatte.

#### **Christoph Sütterlin (GLP), Referent der Rechnungsprüfungskommission**

Der Finanz- und Aufgabenplan als Instrument für eine mittelfristige Planung ist eine wichtige Informationsquelle, welche Auskunft gibt über die Finanzentwicklung, die geplanten Investitionen und die Steuerpolitik des Stadtrats. Dabei sind die zum Zeitpunkt der Erstellung des Finanz- und Aufgabenplans und des Budgets 2024 bekannten Zahlen aus der Hochrechnung der Erfolgsrechnung 2023 in diese Planung eingeflossen.

Schon in den vorangegangenen Jahren waren die Investitionen der Stadt Adliswil ein Thema, das intensiv diskutiert wurde. Das wird sich auch nicht so schnell ändern, denn wie wir aus dem Finanzplan entnehmen können, werden Investitionsvorhaben über die nächsten 5 Jahre von 2023 bis 2027, die steuerfinanziert sind, auf knapp

68 Millionen Franken geschätzt. Wichtig zu erwähnen ist dabei, dass die tatsächlichen Investitionen aus Erfahrungswerten nur zu 70% ausgeschöpft werden. Dies ist bedingt durch vielfältige bauliche Gründe und/oder durch Verschiebungen im Projektmanagement. Entsprechend belasten auch weniger Abschreibungen die laufende Rechnung. Vergleicht man dieses Investitionsvolumen mit dem Vorjahr, so zeigt sich, dass wir einen Anstieg zu den letzten Planungen im 2022 mit 50 Millionen Franken haben. Wir sind sicher über den Peak der grossen Investitionsprojekte hinaus und mit viel tieferen Investitionsvolumen konfrontiert. Dennoch zeigt sich, dass weitere Investitionen nötig sind mit dem Wachstum der Bevölkerung in Adliswil. So setzen sich zum Beispiel grössere Positionen der Investitionsbeträge im 2024 zusammen aus der Gebäudehülle Schulhaus Kopfholz, der Wilacker-Turnhalle und -Kindergarten und dem Garderobengebäude Sportanlage Tal. Die Attraktivität von Adliswil als Wirtschafts- sowie Wohnort ist immer noch gegeben. Das ist sehr erfreulich und wir sollten uns alle bewusst sein, dass wir haushälterisch mit unseren Finanzen umgehen und die Ausgaben auch betreffend Nachhaltigkeit für nachfolgende Generationen genau hinterfragen.

Ebenso positiv ist die Tatsache, dass die Stadt Adliswil seit dem Rechnungsjahr 2021 auf durchwegs positive Resultate in der Erfolgsrechnung zurückblicken kann. Die Budgetierung wich aber zum Teil sehr stark vom tatsächlich erzielten Resultat ab. So wurde im Jahr 2022 aus dem budgetierten Aufwandüberschuss von 0,7 Millionen Franken ein effektiver Ertragsüberschuss von 13,6 Millionen Franken.

Nun ein Jahr später stehen wir vor einer ähnlichen Situation mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von 4,6 Millionen Franken, aber einer Ertragsüberschuss-Prognose vom November 2023 von 15,2 Millionen Franken. Zu den Einzelheiten dieses Ertragsüberschusses werden wir im Votum zum Budget 2024 kommen, aber so viel sei jetzt bereits gesagt, dass die Abweichungen wieder bei den Steuereinnahmen insbesondere bei den Grundstückgewinnsteuern zu finden sind. Diese starken Abweichungen von Budgetzahlen zu den effektiven Zahlen machen eine Beurteilung der Finanzentwicklung nicht gerade leicht. Die Rechnungsprüfungskommission hat sich wie auch bereits im letzten Jahr intensiv mit den einzelnen Prognosen befasst und auch die Folgen auf die Budgetierung kritisch hinterfragt.

Ab dem Jahr 2024 ist im Finanz- und Aufgabenplan der Cashflow beim steuerfinanzierten Haushalt mit grosser Wahrscheinlichkeit zu tief prognostiziert, da die Einnahmen der Grundstückgewinnsteuern noch nicht vollständig eingerechnet worden sind. Genau dies ist schon zu beobachten in der Prognose vom 2023. Der Cashflow reichte bei weitem nicht aus, um die Investitionen zu finanzieren (Grafik, Seite 8 Finanz- und Aufgabenplan 22-26). Im jetzigen Finanz- und Aufgabenplan 23-27 sehen wir, dass der Cashflow im Jahr 2023 ausreichend war, um die Investitionen zu decken. Diese Abweichungen der erwarteten Werte sind nun bereits zum zweiten Mal aufgetreten. Unsere Aufgabe ist zu prüfen, dass mit den finanziellen Mitteln haushälterisch umgegangen wird. Sicherheit auf Vorrat gibt es nicht.

Die erwarteten ordentlichen Steuererträge für die kommenden Jahre steigen. Ebenso steigen aber auch die Aufwendungen wie bereits erwähnt bei den Investitionen, einerseits bedingt durch die geschätzte Teuerung und andererseits durch gestiegene Anforderungen durch das Wachstum in Adliswil. Dank der finanzpolitischen Reserve können Aufwandüberschüsse in der Erfolgsrechnung bis ins Jahr 2027 aufgefangen werden und gewährleisten so, einen ausgeglichenen mittelfristigen Finanzhaushalt. Im Moment ist diese Reserve mit 9 Millionen Franken besser bestückt als erwartet, da die Entnahme dank des guten Resultates nicht getätigt werden muss und über die nächsten Jahre dazu verwendet werden kann, die Zielsetzung eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen.

Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben wurde in den Jahren 2018-2022 ein Cashflow von 20 Millionen Franken erarbeitet. Die getätigten Investitionen von 25 Millionen Franken konnten somit zu 80% selbst finanziert werden. Auch die Investitionen im gebührenfinanzierten Bereich können gemäss der Planung aus dem Cashflow bezahlt werden. Zudem wird die avisierte finanzpolitische Zielsetzung eines Kostendeckungsgrades von 100% für die Eigenwirtschaftsbetriebe über die Planungsperiode erreicht werden.

Werfen wir nochmals einen Blick auf die Steuereinnahmen. Positiv zu werten ist, dass seit dem Jahr 2021, also bereits vor der Steuersatzerhöhung, die Steuereinnahmen gestiegen sind. Für die nächste Planperiode wird gemäss Ausführungen des Stadtrats mit einem Bevölkerungswachstum um ca. 800 Personen auf 20'000 Bewohner gerechnet. Auch dies wird wahrscheinlich zu mehr Steuereinnahmen führen. Demgegenüber werden ab dem Jahr 2025 weniger Einnahmen aus Steuerauscheidungen erwartet. Was dagegen Tatsache ist, dass die Wahrscheinlichkeit steigt, höhere Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer zu erhalten. Was wir aus Erfahrung wissen ist, dass solche Handänderungen in der zeitlichen Abfolge nur schwer planbar sind. Über die Planungsperiode kann aber mit einer Durchschnittszahl gerechnet werden. Von da her kann von einer positiven Steuerentwicklung gesprochen werden. In den vergangenen Jahren ist die Steuerkraft pro Einwohner starken Schwankungen unterlegen. Dies lag vor allem an den unterschiedlichen Steuerauscheidungserträgen. Wie bereits gesagt, werden diese Erträge aber immer kleiner. Die Konsequenz ist, dass von einer stabileren Situation ausgegangen werden kann, mit einer Steuerkraft der Stadt Adliswil, die sich in den kommenden Jahren nahe am Kantonsmittel bewegen wird. Dadurch kann damit gerechnet werden, dass keine Zahlung in den Finanzausgleich geleistet werden muss.

Mit diesen Ausführungen dankt die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtrat und allen involvierten Personen der Verwaltung für die Erarbeitung dieses Instruments sowie dem konstruktiven Austausch und nimmt den Finanz- und Aufgabenplan 2023 - 2027 zur Kenntnis. Weitere Ausführungen folgen dann mit dem Votum zum Budget.

### **Rolf Schweizer (FDP)**

Die FDP-Fraktion hat mit freudigem Erstaunen das erneut sehr positive Resultat der Erfolgsprognose zur Kenntnis genommen. Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine grosse, positive Differenz zum Budget. Dies ist ein klares Signal, dass genügend Steuereinnahmen generiert werden, um die anstehenden Aufgaben auszuführen. Die geplanten Investitionen in den steuerfinanzierten Haushalt im Vergleich zur Planung des Vorjahres steigen von 50 Millionen Franken auf 68 Millionen Franken. Dies bedeutet, dass wir immer noch die einzelnen Investitionsprojekte kritisch hinterfragen müssen, damit wir einen weiteren Anstieg der Verschuldung vermeiden können.

Trotz der Verschuldungssituation ist die Finanzlage der Stadt Adliswil stabil mit einem Eigenkapital von knapp 123 Millionen Franken per Ende 2022.

In der Steuerentwicklung geht der Stadtrat von leicht steigenden Steuererträgen aus. Das Bevölkerungswachstum wird sich bis 2027 um 800 Personen auf rund 20'000 Personen entwickeln. Dieses Wachstum muss aber auch entsprechend finanziert werden. Wir hoffen, dass die Stadt Massnahmen ergreift, damit Adliswil auch für gute Steuerzahler attraktiv bleibt. Ein moderater Steuerfuss ist nur ein Element dafür.

Mit diesen Bemerkungen nimmt die FDP-Fraktion den Finanz- und Aufgabenplan 2023 – 2027 zur Kenntnis.

## Christoph Sütterlin (GLP)

Ich möchte gerne noch die Stabilität der Finanzlage in Adliswil präzisieren. Ja, sie ist stabil, wir hatten zwei sehr gute Jahre, die uns definitiv geholfen haben, was wir auch absolut gebraucht haben.

Die Stadt Adliswil hat nach wie vor die viertgrösste Pro-Kopf-Verschuldung im Kanton. Wir könnten sagen, dass es um einen nachhaltigen Finanzhaushalt geht. Wie viele Gemeinden gibt es überhaupt im Kanton Zürich? Ich dachte, es seien ungefähr 70, aber es sind 162 und wenn man sich diese Liste etwas genauer anschaut (*hält eine Liste aller Gemeinden und deren Pro-Kopf-Verschuldung im Kanton Zürich auf*), sieht man, dass die Gemeinden von Platz 1 bis 137 keine Schulden ausweisen. Adliswil weist 4'547 Franken im Jahr 2022 auf, doch selbst wenn wir unsere Pro-Kopf-Verschuldung halbieren, machen wir nur einen Platz gut.

Die effektive Verschuldung, also nicht die «finanzielle Kennzahl Nettoverschuldung», sondern der effektive Betrag, welcher die Stadt Adliswil schuldet, beträgt 120 Millionen Franken und könnte in Zukunft gemäss den Prognosen des Stadtrats weiter anwachsen. Vielleicht 3 Millionen Franken, vielleicht 10 Millionen Franken, vielleicht mehr, vielleicht weniger. Sämtliche unsere Investitionen können sowieso eine Abweichung haben und dabei reden wir von 5, 10 Millionen Franken gegen oben oder nach unten.

Wie auch immer die Dinge sich entwickeln, so werden in den Jahren 2027 - 2030 20 Millionen Franken fällig werden. Wenn wir mit unseren wichtigsten Investitionen bis dahin nicht fertig sind und keinen sauberen Cashflow haben ("Cashflow-Planperiode" gemäss Finanz- und Aufgabenplan von mind. 10 Millionen Franken), werden wir ein Problem haben. Denn wir werden gleichzeitig investieren müssen und bestehende Schulden nicht zurückzahlen können und müssen Darlehen verlängern, zu Zinssätzen, die wir heute nicht kennen.

Wir wissen also, dass wir stark verschuldet sind. Eine Fremdkapitalaufnahme in der Zukunft birgt uns nicht einschätzbare Risiken. Und unklar ist, welche Schulden in den Jahren 2027 - 2030 abgebaut werden.

Dennoch will der Stadtrat weitere Investitionen von ca. 26 Millionen Franken (10 Millionen Franken Tal, 16 Millionen Franken Zentrum Ost) durch den grossen Gemeinderat genehmigen lassen, während wir nicht einmal wissen, ob wir unsere Schulhäuser ohne die Aufnahme von weiteren Schulden sanieren können. Er will somit, während er auf einem Schuldenberg steht und das Bedürfnis Bildung noch nicht abgedeckt ist, bereits schon die Bedürfnisse Freizeit und Sport abdecken. Die Projekte an sich sind nicht schlecht, verlieren jedoch angesichts des Schuldenberges jegliche Berechtigung. Zudem versteckt sich der Stadtrat gerne hinter den ach so unantastbaren gebundenen Kosten.

Liebe Stadträte und Stadträtinnen, ich verstehe durchaus, dass Ihr Euch Eure Amtszeit freier vorgestellt habt und Euch grosse Ziele gesetzt habt. Aber glaubt mir, wenn Ihr in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat einen sauberen Plan zum Schuldenabbau entwickelt, die wirklich notwendigen Investitionen tätigt und Adliswil in Richtung stabile Finanzen bewegt, dann habt Ihr mehr als genug getan.

Und darum geht es doch hier: den kommenden Stadträten bessere Finanzen zu übergeben als Ihr sie vorgefunden habt und zusammen mit dem Gemeinderat dafür zu sorgen, dass die zukünftigen Generationen an Politikern ihre eigenen Entscheidungen treffen können und nicht zuerst einen Schuldenberg abbauen müssen.

Viele Argumente zu diversen Investitionen, Einnahmen und Ausgaben verlieren ihre Kraft, wenn man sie der gigantischen Verschuldung der Stadtfinanzen gegenüberstellt. Wir sind, was einen nachhaltigen Finanzhaushalt angeht, auf Platz 159 von den 162 Gemeinden im Kanton Zürich.

#### **Ratspräsident Reto Buchmann**

Mit der Diskussion über den Finanz- und Aufgabenplan 2023 – 2027 haben Sie diesen zur Kenntnis genommen.

**Das Geschäft ist erledigt.**

#### **4. Budget 2024 (GGR-Nr. 2023-874)**

Der Stadtrat rechnet für das Jahr 2024 bei den Stadtfinanzen mit roten Zahlen. Das Budget 2024 weist ein Defizit von 1,3 Millionen Franken aus. Die Auswirkungen der Teuerung und weitere konjunkturelle Einflüsse sind schwer abzuschätzen.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt gestützt auf die Prognose der Erfolgsrechnung 2023 vom November keine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve, weiter beantragt die Rechnungsprüfungskommission die Senkung des Steuererfusses von 102 auf 100% und falls es zu einem Aufwandüberschuss kommt, soll dieser dem Bilanzüberschuss entnommen werden.

Im Vorfeld zur heutigen Sitzung wurden Sie durch die Ratsschreiberin über den Antrag der Grünen-Fraktion informiert. Diese folgen mit Ihrem Antrag dem Stadtratsbeschluss.

Weiter hat das Präsidium noch einen Antrag von Wolfgang Liedtke (SP) zur Ziffer 4 erhalten. Dazu später in der Detailberatung.

Es findet eine Grundsatzdebatte sowie eine Detailberatung statt. Eintreten auf den Voranschlag ist gemäss Art. 49 Abs. 2 GeschO GGR obligatorisch.

Antrag des Stadtrats vom 19. September 2023 und geänderter Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 20. November 2023.

#### **Grundsatzdebatte**

##### **Christoph Sütterlin (GLP), Referent der Rechnungsprüfungskommission**

Die Rechnungsprüfungskommission bedankt sich bei der Finanzvorsteherin, dass die aktuelle Prognose der Erfolgsrechnung 2023 anfangs November und noch vor Beschlussfassung der Rechnungsprüfungskommission zur Verfügung gestellt wurde. Zudem geht auch einen Dank an den Stadtrat und die involvierten Verantwortlichen für die mehrheitlich ausführlichen Informationen und Erklärungen zu den eingereichten Fragen der Rechnungsprüfungskommission.

Mit grosser Freude wurde das nochmals positivere Ergebnis der Rechnungsprognose für das Jahr 2023 zur Kenntnis genommen mit einem Erfolg von 15,2 Millionen Franken gegenüber dem ursprünglich budgetierten Aufwandüberschuss von knapp 4,6 Millionen Franken. Die zusätzlichen Erträge wurden mehrheitlich durch zusätzliche Steuereinnahmen, insbesondere der Grundstückgewinnsteuer generiert. Es zeigt sich, dass damit auch die Cashflow-Entwicklung ändert und dadurch ein Cashflow in Prozent des Ertrags fürs 2023 von 5% auf 17% steigt.

Wo stehen wir heute in der Finanzentwicklung mit dem nach 2023 erneuten sehr positiven Ergebnis und was bedeutet dies fürs Budget 2024? Mit dieser Frage, nebst

Detailfragen zu den detaillierten Budgetpositionen in den einzelnen Bereichen, hat sich die Rechnungsprüfungskommission intensiv befasst und die folgenden Erkenntnisse daraus gezogen fürs Budget 2024:

## 1. Erträge und Aufwendungen im Budget 2024

Wie der Stadtrat ausführt, sind Mehrerträge von 7 Millionen Franken, ein Plus von 4,8% verglichen zum Budget 2023, vor allem im Bereich der Fiskalerträge zu erwarten. Einerseits kommen diese Erträge aus Steuereinnahmen von natürlichen Personen, Steuerauscheidungen und Grundsteuern. Die mehrfach genannten höheren Einnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer werden in der Budgetierung angepasst, indem der Betrag um 23,5% von 8,5 Millionen Franken auf 10,5 Millionen Franken angehoben wird. Also hier wird eher vorsichtig budgetiert, eingedenk der Tatsache, dass die Attraktivität von Adliswil weiter gut ist und die Entwicklungen im Immobilienbereich sich eher positiv auf Handänderungen auswirken werden.

Eine weitere, grosse Zunahme wird im Bereich Transfer-Ertrag mit 2,3 Millionen Franken budgetiert. Diese Mehrerträge resultieren hauptsächlich aus den Zusatzleistungen zur AHV/IV, Krankenversicherungen und Asylbewerberbetreuung.

Diesen Erträgen stehen erhöhte Aufwendungen von 7,1 Mio. Franken, ein Plus von 4,9% verglichen mit 2023, gegenüber. Die grössten Anstiege bei den Aufwendungen werden einerseits teuerungsbedingt bei den Personal- und Sachaufwendungen budgetiert mit einem Anstieg um 2,9 Millionen Franken. Hier wollen wir die sehr vorsichtige Haltung des Stadtrats herausstreichen mit einer Teuerung von 2,2% bei den Lohnmassnahmen. Dies im Vergleich zu der kantonalen Erwartung von nur 1,6% doch grosszügig veranschlagt. Der Teuerungsausgleich ist bereits im letzten Jahr überproportional ausgefallen und sollte nicht zur Pufferzone werden für eine hohe Budgetierung von Aufwänden. Andererseits wird bei den Aufwandspositionen auch ein Anstieg erwartet beim Transferaufwand hervorgerufen durch Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung, Zusatzleistungen zur AHV/IV, Krankenversicherungen und Asylbewerberbetreuung und den Lehrerlöhnen.

Mit dieser Budgetierung fürs Jahr 2024 resultiert ein Aufwandüberschuss von 1,3 Millionen Franken. Jedoch ist zu beachten, dass ein positiver Cashflow mit 7% des Ertrags erzielt wird. Diese Zahl wird noch ansteigen, denn das erneut positive Resultat von anfangs November hat diese Berechnung nochmals positiv beeinflusst. Dies wird untermauert durch den Vergleich des letzten Jahres, wie eingangs erwähnt, mit einem Anstieg des Cashflows in Prozent des Ertrags von 5% auf 17% - dies eine Aussage basierend auf den gemachten Berechnungen des Stadtrats in der Novemberprognose der Erfolgsrechnung 2023.

## 2. Investitionen und Cashflow

Für das Jahr 2024 sind Investitionen ins Verwaltungsvermögen von rund 21,8 Millionen Franken geplant. Die einzelnen Investitionen ins Verwaltungsvermögen sind zum grossen Teil Investitionen im Bereich Abwasserbeseitigung mit diversen Leitungen, diverse Vorhaben im Strassenbereich und der Abfallentsorgung sowie auch Schulhausbauten. Alles Investitionen in die Infrastruktur, die notwendig sind. Dies ist aus Sicht der Rechnungsprüfungskommission gut so und darauf ist auch das Augenmerk weiterhin zu richten, bis die hohen Fremdverpflichtungen abgebaut werden können.

Der Stadtrat geht in seiner Berechnung davon aus, dass ein Cashflow von 105 Millionen Franken generiert wird und damit die Investitionen zu 48% selbst finanziert werden können. Nun ist aber bekannt, dass der Cashflow zum heutigen Zeitpunkt voraussichtlich grösser sein wird als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung. Daher

kann ziemlich sicher davon ausgegangen werden, dass keine zusätzlichen Fremdmittel aufgenommen werden müssen. Dies wäre der Fall ab einem Selbstfinanzierungsgrad von 50%.

### 3. Langfristige Verschuldung und Schuldenobergrenze

Eine kritische Grösse, die auch bereits im letzten Jahr sehr genau betrachtet wurde, ist die Höhe der langfristigen Schulden und das Einhalten der von uns eingeführten Schuldenobergrenze. Die intensive Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren hat uns eine hohe Schuldenlast beschert, ohne die wir die Investitionen nicht hätten durchführen können. Jedoch ist zu beachten, dass dadurch die Finanzlage von Adliswil nicht in Schieflage geraten ist. Dies ist der umsichtigen Finanzplanung und der tiefen Zinsen zu verdanken und dem sehr guten Eigenkapitalpolster, das über Jahre hinweg aufgebaut wurde. So steht Adliswil finanzpolitisch auf gutem Grund. Zudem wird die Schuldenobergrenze eingehalten: Zur Erinnerung – die langfristigen Schulden dürfen aktuell sowie im Budgetjahr maximal das Doppelte der ordentlichen Steuern im Rechnungsjahr betragen.

Im aktuellen Jahr betragen die langfristigen Schulden 110 Millionen Franken. Die ordentlichen Steuern werden in der aktuellen Prognose 2023 mit 75,8 Millionen Franken ausgewiesen. Nimmt man das Doppelte der ordentlichen Steuern, so ergibt sich ein positives Resultat von 41,6 Millionen Franken zu den langfristigen Schulden. Wir liegen also komfortabel unter dieser Schuldenobergrenze. Im Budgetjahr werden die langfristigen Schulden - wenn überhaupt - nur geringfügig steigen. Der Stadtrat geht in seiner Budgetierung und Planung im Finanz- und Aufgabenplan 23 - 27 davon aus, dass die Schulden bis ins 2027 auf 123 Millionen Franken weiter ansteigen werden. Dies bedeutet, dass im Minimum die Einnahmen der ordentlichen Steuern bei 61,5 Millionen Franken liegen sollten. Werfen wir einen Blick auf die Prognose-Erfolgsrechnung des Stadtrats im Finanz- und Aufgabenplan auf Seite 14 so sehen wir, dass die ordentlichen Steuereinnahmen bis ins Jahr 2027 von 74,5 Millionen Franken auf 77,6 Millionen Franken ansteigen werden. Das bedeutet, dass wir einen sehr guten Spielraum ausnützen können für finanzpolitische Massnahmen. Solche Massnahmen wären zum Beispiel die Reduktion der Schulden oder eine Senkung des Steuerfusses, um nicht sofort benötigte Steuereinnahmen zu horten. Wie bereits im vorangegangenen Votum gesagt – Sicherheit auf Vorrat gibt es nicht!

Nun hat die Rechnungsprüfungskommission die Möglichkeiten der Schuldenreduktion geprüft. Die langfristigen Verbindlichkeiten sind mit einzelnen Darlehensverträgen mit fixer Verzinsung zu sehr guten Konditionen abgeschlossen worden. Die Laufzeiten der Darlehen sind langfristig vereinbart mit unterschiedlichen, gestaffelten Laufzeiten mit einer maximalen Laufzeit bis ins Jahr 2041. Die Finanzvorsteherin hat bestätigt, dass es wenig Sinn macht, solche Darlehensverträge vorzeitig zu kündigen, da zu hohe Kosten dabei entstehen würden. Da die finanzielle Lage von Adliswil solch drastische Massnahmen kaum rechtfertigt, ist die Rechnungsprüfungskommission zur Erkenntnis gekommen, dass die nicht benötigten Steuereinnahmen reduziert werden können. Der letzte Aspekt, den die Rechnungsprüfungskommission auch geprüft hat, ist die Einhaltung der Vorgabe über den mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt.

### 4. Mittelfristig ausgeglichener Finanzhaushalt über 8 Jahre

Für die Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs des Finanzhaushalts werden gemäss Stadtratsbeschluss acht Jahre verwendet. Bis anhin hat sich diese Grundlage bewährt, um eine aussagekräftige Berechnung des Ausgleichs zu machen. Jedoch stellt sich in diesem laufenden Jahr die Herausforderung, dass das Ergebnis des Budgets 2023 sehr stark abweicht von der aktuellen Prognose des Erfolgs 2023. Dahingehend hat die Rechnungsprüfungskommission diese Situation analysiert und die Auswirkungen auf den mittelfristigen Ausgleich des Finanzhaushalts berechnet.

Die Differenz über acht Jahre ist enorm mit 1,8 Millionen Franken (Erfolg aus dem Budget 2023) und 17,1 Millionen Franken (aktuellen Erfolg gemäss der Prognose im November 2023). Was in diesem Jahr noch hinzukommt, ist die Tatsache, dass die Erfolgsprognose, die im Finanz- und Aufgabenplan und im Budget 2024 eingerechnet wurden, um 8 Millionen Franken tiefer ist als die aktuelle Prognose im November 2023. Also kann davon ausgegangen werden, dass sich die zukünftige Finanzentwicklung um einiges positiver zeigen wird, vorausgesetzt, dass die anderen Budgetzahlen sich im gewohnten Rahmen bewegen werden. Aus den Erfolgsberechnungen des Stadtrats unter Annahme eines Steuerfusses von 100% ist der Ausgleich weiterhin positiv mit Einbezug der Prognose 2023.

Gemäss Art. 41 Abs. 3 der Gemeindeordnung kann man mit einem absoluten Mehr den mittelfristigen, ausgeglichenen Haushalt überstimmen, es macht ja irgendwie keinen Sinn, wenn die realen Zahlen besser sind.

Die Rechnungsprüfungskommission hat daher mit einer Abwesenheit einstimmig beschlossen, einen geänderten Budgetantrag zu stellen. Die gezeigten Überlegungen basieren auf fundierter Prüfung wie oben dargelegt worden ist. Wir bitten den Gemeinderat diesen Antrag zu unterstützen.

Zum Schluss möchten wir dem Stadtrat und dem gesamten städtischen Personal für den geleisteten Einsatz ganz herzlich danken. Wir schätzen die Zusammenarbeit sowie die Möglichkeit, auch kritische Punkte meistens sachlich diskutieren zu können und freuen uns bereits, diese auch im kommenden Jahr fortzuführen.

### **Simon Schanz (Die Mitte)**

Fakt ist, die Stadt Adliswil hat 120 Millionen Franken Schulden. Die Prognose des Stadtrats sagt, wir werden in Zukunft noch mehr Schulden machen. Wir haben viele grosse Investitionen vor uns. Ja, wir hatten zwei gute Jahre, aber wir befinden uns nach wie vor in einer Investitionsphase. Auch wenn wir nicht immer 100% der Investitionen umsetzen können, so sind diese aufgeschoben und nicht aufgehoben. So dürfen wir mit unserer Verschuldung und in einer Phase, in welcher wir auf jeden Franken angewiesen sind, den Geldfluss auf keinen Fall durch eine Steuersenkung schmälern.

Die Verschuldung der Stadt darf nicht ignoriert werden. Auch wenn die Ausführungen des Vizepräsidenten der Rechnungsprüfungskommission korrekt sind, so sind sie genau wie die pessimistischen Zahlen der Prognose des Stadtrats, lediglich ein Blick in eine "mögliche" Zukunft. Leider kann niemand genau sagen, was die Zukunft bringt. Aber mit dieser hohen Verschuldung und diesem grossen Investitionsvolumen, können wir unmöglich die Flexibilität der Stadt in der Umsetzung der Investition einschränken. Sind es nicht genau solche Entscheidungen, die uns in diese hohe Verschuldung und den grossen Nachholbedarf an Investitionen geführt haben? Die Mehrheit der Mitte/GLP/EVP-Fraktion wird sich gegen eine Senkung des Steuerfusses aussprechen. An dieser Stelle möchte ich Euch allen schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins 2024 wünschen.

### **Esen Yilmaz (SP)**

Wir sollten zuerst die Zahlen erwähnen, welche im Budget Gewicht haben.

Das Budget sollte erstens auf Basis der letzten Prognose, zweitens dem Finanz- und Aufgabenplan für das gleiche Jahr, und drittens mit den gleichen Kennzahlen der Vergangenheit verglichen werden, um ein Gleichgewicht mit Vergangenheitszahlen und den projizierten Finanzkennzahlen für die Planjahre festlegen zu können.

Wie sieht die Ertragsseite aus? Der Stadtrat rechnet hier mit 151,72 Millionen Franken und somit wieder um 6 Millionen Franken höher als im letzten Budget und ein

Minus von knapp 5 Millionen Franken zur letzten Jahresrechnung, was nach der Prognose vom November nicht stimmen wird.

Beim Fiskalertrag wird das Budget mit 96,3 Millionen Franken veranlagt, somit 6,67 Millionen Franken höher als im Vorjahr.

Beim Transferertrag wird hauptsächlich bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV, Krankenversicherung und Asylbewerberbetreuung gerechnet, was zu einem Mehrertrag von 2,3 Millionen Franken führt.

Eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 1,2 Millionen Franken soll die Erfolgsrechnung beinahe ausgleichen.

Und jetzt zum Aufwand. Der Aufwand von 151,81 Millionen Franken übersteigt den Ertrag nur ganz knapp. Mit der Jahresrechnung 2023 gilt es diese genau zu prüfen, denn diverse Stadtratsbeschlüsse, welche nach Erstellung des Budgets gefällt wurden, werden bestimmt Einfluss auf diese Zahlen haben.

Dieses Jahr kann der Vergleich mit dem letztjährigen Budget gut gemacht werden, denn sie sieht einen Mehraufwand von 7 Millionen Franken vor. Der Personalaufwand erhöht sich um 2,04 Millionen Franken und gilt inklusive des Teuerungsausgleichs, des erhöhten Verwaltungsaufwandes, der Betreuung und der Lehrerlöhne, welches u.a. auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist.

Der grösste Kostentreiber ist jedoch auch dieses Jahr mit 7,1 Millionen Franken die Erhöhung des Transferaufwands, welcher auf die Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung, Zusatzleistungen zur AHV/IV, Krankenversicherung und den genannten Personalaufwendungen sind.

Zu den Investitionen. Hier wird mit 21,8 Millionen Franken gerechnet, wobei die Werkbetriebe mit 9,58 Millionen Franken der grösste Treiber sind. Wie bereits im vorherigen Geschäft im Rat erwähnt, sind im Finanz- und Aufgabenplan die zukünftigen Investitionen genau ersichtlich. Es gilt nun genau abzuwägen, welche dieser erforderlich und welche «nice to have» sind.

Wir sollten uns bei Planungen im Bereich der Freizeit nicht so weit aus dem Fenster lehnen und diese vor die Bildung oder gar dem Sozialen und dem Alter stellen. Ich möchte an die Freizeitanlage im Tal erinnern, mit einer Veranlagung von sage und schreibe 10 Millionen Franken. Das ist Freizeit und «nice to have». Das Fremdkapital wird per Ende Jahr 171 Millionen Franken betragen und somit 24 Millionen Franken geringer als in der Planung vom letzten Jahr, somit eine positive Entwicklung. In der Jahresrechnung 2022 war es sogar noch geringer, nämlich 170,3 Millionen Franken! Zum Glück erwarten wir ein sehr hohes Eigenkapital von 96 Millionen Franken, was einer EK-Quote von 36% entspricht.

Der Selbstfinanzierungsgrad steigt auf 48%, gegenüber dem Budget 2023 ein Plus von 17%, also wieder eine positive Entwicklung.

Das Wachstum: Die grösste Herausforderung unserer Stadt wird das Wachstum sein. Nicht nur das verdichtete Bauen, welches die Bevölkerungszahlen ansteigen lässt, nein es sind vor allem Nachinvestitionen, welche Versäumnisse der Vergangenheit sind – und das ist Investitionswachstum. Diese hohen Investitionen in der Zukunft sollten genau überlegt und wohlbedacht werden.

Unser Fazit: Mit dem beantragten Budget kann die Zielsetzung des mittelfristigen Haushaltgleichgewichts erreicht werden. Gemäss der letzten Prognose vom November sollten unsere Finanzen nächstes Jahr mit den zusätzlichen Grundstücksteuern von 23,1 Millionen Franken, welche dieses Jahr vereinnahmt werden, viel besser ausfallen als budgetiert, vor allem viel positiver beim Ertrag.

Die Worte der Stadträtin Finanzen beim Geschäft Freizeitanlage Tal hängen mir immer noch in den Ohren. Sie ärgerte sich über die Qualität der Prüfung des damaligen Geschäftes. Interessant fand ich, dass sie uns infolge Budgetprüfung bei ihren Besuchen in der Rechnungsprüfungskommission keine Dokumentation, keine Zusammenfassung zeigte. Sie hat es sich leichtgemacht und informierte uns analog einem "finanziellen Kaffichränzli-Austausch", also eine Frage der Qualität und der Vorbereitung kann ich nur sagen.

Wieder hat sich der Stadtrat nicht bereit erklärt, das Budget nach den grossen Differenzen der Prognose November anzupassen. Denn wir sprechen hier von einem Überschuss von 15,2 Millionen Franken. Die heutige Entscheidung des Rates wird direkten Einfluss auf die finanzielle Zukunft Adliswils haben.

Die SP-Fraktion folgt mehrheitlich dem Gegenantrag der Rechnungsprüfungskommission.

### **Urs Künzler (SVP)**

Es sind schon viele Zahlen genannt worden, da will ich jetzt nicht noch toppen, aber ich möchte zur Arbeit der Kommissionen ein paar Bemerkungen anbringen. Die Rechnungsprüfungskommission prüfte in mehreren Sitzungen über viele Stunden das Budget 2024, rechnete durch, prüfte alle Positionen und kam schliesslich einstimmig zum Beschluss, einen geänderten Antrag zu verfassen und dem Grossen Gemeinderat zur Annahme vorzulegen.

Ich sehe die Aufgabe einer Kommission und deren Mitglieder darin, den Beschluss und die entsprechenden Argumente dazu, in die Fraktionen zu tragen und zu erläutern, den Entschluss der Kommission zu vertreten um die Zustimmung der Fraktionsmitglieder zu erhalten. Dass es nicht immer Zustimmung gibt, auch kontroverse Meinungen, ist zu akzeptieren. Aber das überzeugte, dem Antrag zustimmende Kommissionsmitglieder von Exekutivmitgliedern umgedreht oder genötigt werden, ihre gefasste und fundierte Meinung zu ändern, ist für uns ein No-go. Dieses Vorgehen macht die Arbeit der Kommissionen zur Farce, wenn vorgefasste, ideologisch untermalte Meinungen durchgesetzt und den fundierten Argumenten der vorbereitenden Kommissionen keine Beachtung geschenkt werden.

Nach ausführlichen Berechnungen in unserer Fraktion wäre sogar eine Steuersenkung auf 97% möglich ohne die Schuldenobergrenze anzukratzen. Doch auch wir haben lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach und würden uns mit der Annahme des geänderten, absolut vernünftigen Antrages der Rechnungsprüfungskommission zufrieden zeigen. Wie wollen Sie dem Steuerzahler weiterhin erklären, wieso der Steuerfuss unverändert bleibt bei den Millionenüberschüssen, die jedes Jahr ausgewiesen werden. Ich denke es besteht Handlungsbedarf, brauchen wir Luxusobjekte wie Garderoben im Tal, millionenteure Projekte auf dem Stadthausareal, müssen sämtliche Grünflächen überbaut werden oder ginge das auch etwas bescheidener? Die Zeiten für den Steuerzahler sind nicht rosig. Krankenkassen, Mieten, Inflation und Teuerung tragen zu den Sorgen der Bürger bei. Wäre es da nicht angebracht mit den Steuergeldern sorgsamer umzugehen? Der Staatsaufwand kennt seit einigen Jahren nur eine Richtung, nach oben.

Ich fordere Sie dazu auf, dem äusserst vernünftigen und absolut seriösen, geänderten Antrag der Rechnungsprüfungskommission, den alle Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission gutgeheissen haben, zuzustimmen.

### **Thomas Iseli (FDP)**

Wie bereits im letzten Jahr sehen wir uns mit einem komfortablen Resultat gemäss Prognose 2023 konfrontiert – dies ist eine sehr gute Ausgangslage für unser Budget

2024. Leider ist es aber so, dass bei der Erarbeitung des uns vorliegenden Budgets 2024, dies nur zum Teil eingeflossen ist. Noch viel wichtiger in diesem Zusammenhang ist, dass dem bei der Berechnung des Haushaltsgleichgewichtes gar keine Beachtung geschenkt wurde.

Diese Berechnung des Haushaltsgleichgewichtes ist eine der wesentlichsten Grössen für die jetzige und zukünftige Beurteilung des Budgets. Es werden acht Jahre in die Berechnung eingerechnet: drei Rechnungen, zwei Budgets (hier BU 23 und 24) und drei Planungsrechnungen für die Abbildung der Zukunft.

Es ist hier möglich, statt das BU 2023 die Prognose 2023, welche doch schon viel genauer das Resultat abbildet, einfließen zu lassen. Dies ist absolut kein Problem, das darf man auch. Auf dieser Basis werden alle Zielsetzungen bestens erreicht. Seit Mitte Jahr zeigen die Zahlen der Prognose eine sehr positive Tendenz und diese sind so nur teilweise in den Budgetprozess eingeflossen, daher müsste nun genau hier die letzte Prognose einfließen. Das Budget wird so auch klarer und die Entwicklung für die Zukunft transparenter.

Der Wunsch nach den Prognosen mit dem Hinblick auf Ende Jahr kennen die meisten aus der Privatwirtschaft, denn nur so lässt sich eine Unternehmung führen und die richtigen Schlüsse zum richtigen Zeitpunkt ziehen. Wenn wir uns jetzt, Ende 2023, immer noch auf das Budget abstützen, sind wir einfach nicht à jour und nicht auf dem Laufenden.

Die Thematik mit dem Schuldenabbau ist nicht ganz so einfach, denn die meisten Kredite sind langfristig fixiert und können nicht einfach kurzfristig zurückbezahlt werden. Bisher waren die Zinsen für diese Kredite sehr tief und wir konnten davon auch stark profitieren. Das bedeutet, dass es nebst dem nicht möglich, auch nicht zielführend ist, die Schulden vorzeitig zurückzuzahlen. Falls jemand ausserterminlich eine Rückzahlung machen wollte, ginge dies nur, indem eine saftige Strafe bezahlt werden müsste. Daher ist das wirklich absolut unsinnig.

Wenn wir nun eine Steuersenkung um 2% beantragen, geben wir nicht einmal 10% des im Jahr 2023 erwirtschafteten Überschusses von 15,2 Millionen Franken den Adliswilerinnen und Adliswiler zurück – dies ist problemlos verkräftbar.

Grundsätzlich müssen wir massvoll bleiben. Wir haben schlicht keine Mittel für «nice to have»-Investitionen und neue Ausgaben – aber bisher haben wir, trotz dem Jammer über unsere Finanzen, den Rotstift noch nicht hervorgehoben und fast alles, was uns vorgelegt wurde, gutgeheissen. Hier gilt es die Investitionen wirklich kritisch zu hinterfragen und auch einmal nein zu sagen. Sei es bei Neubauten, dem Stadtpark oder anderen Wünschen.

Vorhin fiel das Stichwort Investitionen: Es gibt wahrscheinlich einige Ratsmitglieder, die das stummrunzelnd entgegengenommen haben, weil wir schon Investitionen des Jahres von über 50, 70 Millionen im Budget hatten. Selbstverständlich ist die Folge davon die Verschuldung. Aber dann sollte man den Zeithorizont vielleicht ausdehnen und zurückschauen, was schon gewesen ist.

Der Aufwand steigt gegenüber dem letzten Budget um 4,9% - auch hier wäre der Rotstift angebracht und die Ausgaben auf «nice to have» zu hinterfragen.

Bei den neu geplanten Investitionen von 21,8 Millionen Franken - ich meine 15 bis 20 haben wir jedes Jahr – also, wenn diese überhaupt alle realisiert werden können, denn bisher wurden jeweils ca. 70% realisiert, können wir davon ausgehen, dass kein zusätzliches Fremdkapital aufgenommen werden muss. Das ist ein positiver Effekt bei den nun gestiegenen Zinsen.

Adliswil hat eine gute Lage, ist zentrumsnah, gut mit Autobahn und S-Bahn erschlossen. Unter diesen Prämissen müsste es uns gelingen, Unternehmen nach Adliswil

zu bringen. Dazu braucht es aber auch eine entsprechende Politik, die den Unternehmen keine Steine in den Weg legt und für Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen schafft.

Zusätzlich auch den Bewohnern etwas vom Erwirtschafteten zurückgeben, dies wäre die Absicht der Steuersenkung. Die bisher jeweils eher pessimistische Sicht des Stadtrates betreffend Steuerentwicklung hat sich nie bewahrheitet. Zudem sind in dem uns vorliegenden Budget die Mehrwertsteuereinnahmen aus städtebaulichen Verträgen aus Um- und Aufzonungen noch gar nicht berücksichtigt.

Die Neubauprojekte dürfen die finanzielle Gesundheit Adliswils nicht gefährden, darum verlangen wir jeweils auch die zugehörigen Zahlen, denn diese sind absolut zentral.

Dass der Stellenetat der Feuerwehr und der Polizei erhöht werden muss, kommt bei dieser Entwicklung der Einwohnerzahlen nicht von ungefähr. Dazu kommt, dass wie ausgeführt, aufgrund der konstant eher zu pessimistisch eingeschätzten Steuererträgen für uns nur eine Steuersenkung um 2% auf das frühere Niveau angezeigt ist, damit wir den Einwohnern auch etwas zurückgeben können.

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine sorgfältige Finanzpolitik ein, die aber die wirtschaftliche Situation nicht ausser Acht lässt. Daher begrüssen wir den Antrag der Rechnungsprüfungskommission zur Senkung des Steuerfusses.

### **Daniel Frei (FW)**

Trotz eines budgetierten Aufwandsüberschusses von 4,6 Millionen Franken für 2023 zeichnet sich ab, dass wir das Jahr 2023 voraussichtlich mit einem erheblichen Gewinn abschliessen werden.

Dies ist hauptsächlich auf erneut deutlich höhere Grundstücksgewinnsteuern zurückzuführen. Auch für das nächste Jahr prognostiziert der Stadtrat ein Defizit, allerdings mit 1,3 Millionen Franken geringfügiger als im laufenden Jahr.

Angesichts eines Überschusses von 45 Millionen Franken in den letzten zehn Jahren verstehe ich grundsätzlich die Forderungen einer Steuersenkung. Gesparte Steuern können die Sparquote erhöhen, den Konsum ankurbeln oder empfindliche Preissteigerung der Wohn-, Energie- und Krankenkassenkosten abfedern. Genau aus dieser Überlegung ist der Steuerfuss erneut ein zentraler Diskussionspunkt. Sei dies, weil es auf der politischen Fahne geschrieben steht oder weil es unter Umständen auch wirklich sinnvoll ist.

Was hat sich seit der letzten Budgetdebatte geändert, was eine Entlastung der Steuerzahler rechtfertigt? Praktisch nichts.

Unsere Verschuldung bleibt hoch und anstehende Investitionen von ca. 68 Millionen Franken stehen an. Ja, sie werden wahrscheinlich nur etwa zu 70% umgesetzt und was auch richtig ist, man muss beim einen oder anderen noch genauer hinschauen, ob es wirklich so teuer sein muss. Ich denke hierbei auch an die Sanierung oder Erweiterung verschiedener Schulhäuser (Hofern, Zentrum, Kopfholz) die Wilckerturnhalle und die Erweiterung von Tagesbetreuungsstätten. Das ist alles nicht gratis.

Glücklicherweise hatten wir die ausserordentlichen Einnahmen aus Grundstücksgewinnsteuern, die unsere Bilanz aufgebessert und ein wenig zum Schuldenabbau beigetragen haben, bei Krediten, die fällig waren. Ich sagte es das erste Mal ungefähr im 2014: die steigenden Zinsen werden kommen und zwar schneller als wir alle Freude haben. Diese werden uns schmerzen. Thomas Iseli sagte zwar vorhin, dass wir vielleicht gar keine neuen Schulden machen müssten. Das wäre schön. Wir werden es sehen. Aber die steigende Zinslast falls wir doch wieder Schulden machen

müssten, die tut schon weh. Wir haben jetzt durchschnittlich etwa 0,75% auf alle Schulden und die neuen werden 2% plus sein. Wir hörten es auch schon, die Freizeitanlage im Tal war aufgrund der nicht rosigen finanziellen Situation umstritten und wurde zurückgewiesen. Ich gebe zu, ich war ein Befürworter. Aber ich bin sachlich und ehrlich und sehe ein, dass es vielleicht gut ist, wenn man sich zweimal Gedanken macht bei solchen Sachen. Ich hätte es gerne gehabt, aber man wollte es nicht, dann muss man halt in den sauren Apfel beissen und abwarten. Man kann ja getrennter Meinung sein. Aber wieso sollte man die Steuern senken? Wir sahen es vorher anders, es würde nicht passieren, die Fremdkapitalkosten werden sinken. Von den Voten und von Debatten und da zähle ich mich voll dazu, komme ich mir ein wenig vor wie im Film «Und täglich grüsst das Murmeltier», wir sind gefangen in einer Endlosschleife unserer eigenen Argumentationen. Manchmal hört man einander zu: Esen hat mir das Gegenteil gezeigt, obwohl ich etwas anderes erwartet habe. Aber man wird wohl Schritt für Schritt zu einer Änderung kommen. Ich wiederhole mich nochmals, auch wenn das nicht jeder gleichsieht:

Aufgrund der aktuellen Verschuldung, (und das Zettelchen hat mir nicht im positiven Sinne grausam Eindruck gemacht, es tat schon weh im Bauch als ich das sah), der anstehenden Investitionen - wie gross die dann auch sein werden - der steigenden Fremdkapitalkosten, der wahrscheinlich künftig nicht sinkenden Preisen und der erneuten Lohnanpassungen, die noch kommen werden, muss ich wohl noch mehrmals zum Song «I got you Babe» aufwachen, bis ich soweit bin, dass ich mit Überzeugung für eine Steuersenkung plädieren kann.

Die Mehrheit der Freien Wähler wird dem Antrag auf eine Steuersenkung um 2% nicht folgen.

Bei den Anträgen zu den Ziffern 19 und 21 der Rechnungsprüfungskommission wird sich die Mehrheit der Freien Wähler enthalten, da wir sie nicht für relevant halten.

An dieser Stelle noch ein herzliches Dankeschön für die schönen Geschenke, ich habe Freude bereits heute schon etwas Weihnachten zu haben.

### **Pascal Welti (GP)**

Wenn man sich die Budgetprognosen der nächsten vier Jahre anschaut, sieht man eigentlich nur eine Farbe: rot – und dies, obschon in diesem Zeitraum die Auflösung der finanzpolitischen Reserve geplant ist, welche aktuell 9 Millionen Franken enthält. Natürlich sind das “nur“ Prognosen, aber ist das ein guter Zeitpunkt für eine Steuersenkung?

Schon mit dem Budgetvorschlag des Stadtrats wird eine rekordhohe Verschuldung erwartet und diese wird voraussichtlich weiter ansteigen auf über 6'000 Franken pro Einwohner. Dementsprechend niedrig ist der Selbstfinanzierungsgrad von erwarteten 48%, das ist besser als auch schon, aber mittelfristig muss da ein Wert möglichst nah bei 100% das Ziel sein.

In der Rechnungsprüfungskommission wurde aufgezeigt, dass wegen fixer Laufzeiten kein kurzfristiger Schuldenabbau möglich ist, doch mittel- bis langfristig muss das das Ziel sein. Macht so eine Steuersenkung jetzt Sinn?

In den letzten zwei Jahren haben immer wieder unerwartete Grundstückgewinnsteuern für überraschend positive Resultate gesorgt. Der erwartete Wert wurde im aktuellen Budget deshalb auch von 8,5 auf 10,5 Millionen Franken erhöht, aber fest mit einem Betrag wie die letzten zwei Jahre zu rechnen wäre fatal, weil es einfach nicht vorhersehbar ist. Die Weltlage ist nach wie vor unsicher, die weitere Entwicklung kaum abzuschätzen und wir haben auch zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder

mit einer erheblichen Teuerung umzugehen. Natürlich ist die im Budget berücksichtigt und so, wie es aktuell aussieht sogar eher zu hoch, aber niemand kann ausschliessen, dass sie im nächsten Jahr wieder steigt.

Wollen wir das Risiko wirklich eingehen, und in diesem unsicheren Umfeld die Steuern senken?

Wenn das Geld knapp wird, werden zuerst nicht zwingende Investitionen gestrichen. Und dies betrifft dann oft Dinge, die uns Grünen am Herzen liegen, wie Soziales, Klimaschutz oder Biodiversität. Deshalb unterstützen wir Grünen 1:1 den Vorschlag des Stadtrats, möchten den Steuerfuss bei 102% belassen und die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve bewilligen. Diese entfällt ja sowieso, wenn das Resultat positiv ausfällt.

Der Plan der Rechnungsprüfungskommission kann aufgehen, das bezweifle ich nicht, denn Zahlen lügen nicht, aber deren Interpretation ist nachher die Frage. Der Plan kann aufgehen, sicher kurzfristig, aber auf längere Dauer sehen wir das eher unsicher. Wollen wir denn in zwei, drei Jahren die Steuern wieder erhöhen, womöglich auf ein noch höheres Niveau? Wollen wir, dass der Stadtrat nur noch verwalten kann, keinen Spielraum mehr hat zu gestalten? Wenn uns die konkreten Pläne dann nicht passen, können wir sie immer noch ablehnen. Darum unterstützen wir Grüne den Antrag des Stadtrats.

### **Gabriel Mäder (GLP)**

Ja ich bin sehr erstaunt über die Diskussion in dieser spannenden Zusammensetzung. Es ist sehr faszinierend, wie über die Steuersenkungsanträge befunden wird. Das habe ich noch nie erlebt, aber ich geniesse es sehr.

Das Wasser steht uns bis zum Hals und Sie wollen fröhlich den Hahn aufdrehen, weil es im Moment nicht gerade am Steigen ist. Alle sind enorm glücklich, weil das Fremdkapital vielleicht im nächsten Jahr nicht ansteigen wird. Wir haben es gesehen, Chris hat uns aufgezeigt, wo unsere Verschuldung steht und wir freuen uns jetzt alle, dass wir dort nicht noch weiter hinunterrutschen.

Wir schauen doch alle in die völlig falsche Richtung, wir müssen doch schauen, dass wir aus dem Loch wieder herauskommen.

Die wichtigste Frage ist doch nicht, ob wir nächstes Jahr 10 Millionen Franken Gewinn haben oder nicht, das sind doch alles Prognosen! Wenn Du, Pascal, sagst, die Zahlen lügen nicht, diese Zahlen sind Prognosen, luftige Erwartungen! Wenn wir Glück haben, kommt es so heraus. Die grossen Zahlungen, welche wir aus den Grundstücksteuern bekommen haben, sind zwei, drei Fälle und wenn die wegfallen, dann sieht die Welt ganz anders aus.

Aber was sicher bleibt, das sind die Schulden! Was ich der Rechnungsprüfungskommission gerne mitgeben möchte für das neue Jahr, ist die Frage, wie kommen wir aus dem Loch heraus, wie bauen wir die Schulden ab? Das würde ich gerne sehen! Das habe ich von niemandem hier gehört. Sie sagen, wir müssen den Mittelfristigen Ausgleich anschauen. Ja, das ist eine schöne Kennzahl, das muss man machen, es ist gesetzlich vorgeschrieben. Aber das ist für eine Normalsituation, in welcher wir leider nicht drin sind! Und zwar genau aufgrund dieser Politik, Probleme vor sich her zu schieben, anstatt langfristig zu denken. Das können wir uns einfach nicht leisten in dieser Situation. Ich bitte Sie wirklich, das Loch nun ein bisschen grösser zu machen, nur weil es im Moment nicht so schmerzt, ist einfach keine nachhaltige Politik! Irgendwann kommt die grosse Rechnung. Irgendwann müssen wir auf einen Schlag, nämlich, wenn wir die Schulden zurückzahlen müssen, 20 Millionen Franken bezahlen! Wie wollt Ihr das generieren? Machen wir dann ein Jahr lang einen Steuerfuss

von 116 oder 120%? Das will ich nicht! Ich glaube, das will doch niemand hier drinnen. Wir sagten doch schon vor zwei Jahren, dass wir langsam ein gutes, solides Polster aufbauen wollen. Darum haben wir dazumal entschieden, den Steuerfuss auf 102% zu erhöhen, damit wir diesen möglichst konstant halten können. An diesem halten wir fest. Wenn Ihr sparen wollt, liebe FDP, dann nehmt doch den Rotstift heraus und beginnt beim Tal! Oder eine andere Möglichkeit wäre, hier im Budget zu sparen. Schaut genau hin, wo es noch Möglichkeiten gibt, ja macht das einfach. Aber mit Steuern senken haben wir noch nichts gespart!

Wir wollen die Schulden nicht vor uns her schieben bis alles kollabiert. Für uns ist das keine verantwortliche Finanzpolitik, darum bleiben wir beim Steuerfuss.

### **Wolfgang Liedtke (SP)**

Wir haben schon einige sehr gute Voten gehört. Es ist fast so spannend wie die Bundesratswahl heute Vormittag. Vieles ist bereits gesagt worden, ich will mich deshalb kurzfassen. Ich empfinde die Situation als unbefriedigend. Besonders ärgerlich finde ich, dass bei der Erstellung des Budgets alle Ressorts angewiesen wurden, Einsparungen vorzusehen. Einsparungen – das mag für manche positiv klingen, bedeuten aber Leistungseinschränkungen, Verschiebungen von Investitionen, keine oder zu geringe Erhöhungen der Personalbezüge. Einsparungen, welche – wie wir jetzt wissen – in diesem Umfang nicht nötig gewesen wären.

Stichwort Steuerfussreduktion: Die Rangliste von Christoph Sütterlin war beeindruckend. Ich gebe zwar zu, dass angesichts der uns vorgelegten Prognose eine Reduktion des Steuerfusses im Moment als angemessen erscheint. Dies würde in meinen Augen aber auch heissen, dass wir bei einem negativen Ergebnis in einem der kommenden Jahre den Steuerfuss auch wieder anheben. Denn angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen – Stichwort Weltlage (Pascal Welti) und ungewisser Kreditzinsentwicklung (Daniel Frei) - können wir negative finanzielle Entwicklungen bei uns nicht ausschliessen. Bedauerlicherweise lehrt die Vergangenheit, dass die bürgerliche Seite es dann vorzieht, zunächst einmal Leistungen zu kürzen. Ich werde deshalb mit der Mehrheit meiner Fraktion für die Beibehaltung des Steuerfusses stimmen.

Ich erinnere mich an eine Aussage des Alt-Gemeinderates Mario Senn, der vor einigen Jahren hier im Rat die Meinung vertreten hat, dass der Bodenbesitz der Stadt als normale Kapitalanlage zu betrachten ist und dass die Stadt je nach Finanzlage Boden verkaufen und dann auch wieder erwerben soll. Ich teile - damals wie heute - nicht die Ansicht, dass eine Gemeinde mit Landbesitz spekulieren sollte wie ein privater Anleger. Aber ich bin der Auffassung, dass wir den unerwarteten Geldsegen dazu nutzen sollten, die Stadt in die Lage zu versetzen, bei sich bietender Gelegenheit, Boden zu erwerben. Denn Boden innerhalb der Bauzonen ist etwas, das unserer Stadt fehlt. Ich werde in der Detailberatung zum Budget des Ressorts Finanzen deshalb den Antrag stellen, diesem Budget zusätzlich 10 Millionen Franken zuzuweisen, um damit eine zweckgebundene Reserve für Grundstückskäufe zu bilden. Diese Grundstücke können für städtische Bauten, Wohnungsbau oder Unternehmensansiedlungen genutzt werden.

Für diejenigen, die Probleme beim Rechnen mit achtstelligen Zahlen haben, einen Hinweis: bei Annahme meines Antrags wäre eine Steuerfussenkung immer noch möglich.

### **Stadträtin Karin Fein**

Sie kennen die verschiedenen Anträge für das Budget, nämlich den vom Stadtrat und den von der Rechnungsprüfungskommission sowie auch den von den Grünen.

Sie haben in den letzten Voten zum Finanz- und Investitionsplan viele richtige und wichtige Fakten zur zukünftigen finanziellen Entwicklung unserer Stadt ausgeführt.

Warum ich sie trotzdem bitte, den Antrag auf Senkung des Steuerfusses der Rechnungsprüfungskommission abzulehnen, ist grundsätzlich sehr einfach und darum kurz erklärt:

Der Stadtrat plant den Haushalt sorgfältig und zukunftsgerichtet. Und das bedeutet ganz konkret, dass wir nicht aus kurzfristigen parteiideologischen Gründen den Steuerfuss möglichst tief senken wollen. Der Steuerfuss soll fair sein und die Last der nötigen Investitionen zur Fortführung unserer lebensattraktiven Stadt nicht einfach in die Zukunft verschoben werden. Eine lebensattraktive Stadt besteht nicht nur aus renovierten Schulhäusern und geflickten Strassen, zu unserer Standort-Attraktivität gehören nun mal auch gute Massnahmen für die Integration, ein angemessenes Angebot an Pflege und Unterstützung der älteren Bewohnerinnen und finanziell weniger gut gestellten Familien, aber auch Kultur, Sport und - immer wichtiger - auch Massnahmen gegen den Klimawandel.

Basis für unsere sorgfältige Finanzplanung ist, dass wir die anstehenden Investitionen in allen diesen Bereichen vorbereiten und Ihnen zum Entscheid vorlegen - Sie entscheiden grundsätzlich, was wir davon umsetzen. Trotzdem ist unser oberstes Ziel, die Verschuldung der Stadt im Griff zu behalten.

Trotz finanzieller Belastungen und Unsicherheiten, wie der Bewältigung einer Pandemie, der übrigens weiterhin anhaltenden Flüchtlingskrise und der Teuerung, konnte die Stadt Adliswil in den letzten zehn Jahren grösstenteils unerwartete Überschüsse von insgesamt rund 45 Millionen Franken erzielen. In den meisten Fällen war das unerwartet hohe Grundstückgewinnsteuern. In beiden Jahren, im 2022 und im 2023, waren es eine Handvoll Transaktionen, welche dies ausgemacht haben. Dass sich solche Transaktionen nicht wiederholen, ist für mich eigentlich klar.

Diese Überschüsse wurden dem Eigenkapital gutgeschrieben und haben wesentlich dazu beigetragen, dass wir die Verschuldung unserer Stadt bisher sehr kontrolliert auf einem Niveau halten konnten, das zwar auf einer Rekordhöhe (die Liste von Christof Sütterlin ist sehr eindrücklich, vielen Dank), aber immer noch in komfortablem Abstand zur Schuldenobergrenze liegt. Das ist der Kern unserer nachhaltigen Finanzpolitik.

Die Herausforderungen sind real, aber die Stadt Adliswil bleibt dank einer gesunden Eigenkapitalbasis finanziell stabil. Mit einer Reduktion des Steuerfusses nehmen sie in Kauf, dass aufgrund des fehlenden Cash-Flows der kommenden Jahre die Verschuldung weiter steigt oder wir weitere wichtige Investitionen, wie beispielsweise die Sanierung der Schulhäuser Hofern, Kronenwiese und Zentrum aufgrund der Schuldenbremse nicht oder unter grossem Druck vornehmen müssen. Je grösser die Schuldenlast, desto grösser wird auch jede Erhöhung der Fremdkapitalkosten ausfallen.

Hier ein kleiner Exkurs, weil es nicht ganz klar herauskam in den vorherigen Voten. Obwohl wir das auf eine Frage der Rechnungsprüfungskommission ausführlich beantwortet hatten:

Die Verschuldung der Stadt Adliswil beruht auf einer gestaffelten Refinanzierung. Das heisst, wir haben, auf die nächsten 30 Jahre verteilt, in jedem Jahr Fälligkeiten. Die 100 Millionen Franken Schulden, die wir momentan haben, sind zerstückelt und werden laufend fällig. Dies ermöglicht uns in Zukunft (hat es übrigens auch in diesem Jahr gegeben) Refinanzierungen vorzunehmen, falls ein Cashflow-Überschuss besteht. Wir müssen also nicht wieder neues Fremdkapital aufnehmen, sondern wir konnten schon Schulden abbauen.

Aktuell liegen die langfristigen Schulden bei rund 100 Millionen Franken und die durchschnittliche Verzinsung dieser 100 Millionen Franken beträgt 0,75%; im Budget, im Finanzplan! Das ermöglichte uns, relativ günstig die Investitionen zu finanzieren, die wir in den letzten Jahren getätigt haben. Führt aber natürlich dazu, dass jede neue Refinanzierung oder zusätzliche Verschuldung die Kosten aus dieser Schuldenlast erhöhen wird. Durch das Beibehalten des Steuerfusses haben wir eine gute Chance, die Verschuldung stark abzubremsen oder gar zu reduzieren, insbesondere, sollten wieder ausserordentliche Grundstückgewinnsteuern anfallen. Der Pegel der Grundstückgewinnsteuern war früher bei 6 Millionen Franken. Wir haben ihn jetzt auf 10 Millionen Franken erhöht, wir haben also nicht etwa sehr vorsichtig prognostiziert, sondern eigentlich recht realistisch.

Das Beibehalten des Steuerfusses ist also eine gute Chance, dass wir die Verschuldung nicht nur abbremsen, sondern vielleicht sogar reduzieren können. Wenn uns dies nicht gelingt, wird die Schuldenlast unseren Handlungsspielraum in der finanziellen Zukunft unserer Stadt stark beeinträchtigen.

Ich bitte sie daher im Namen des Stadtrats: Leisten Sie mit der Zustimmung zum Antrag der Grünen respektive des Stadtrats einen Beitrag, damit wir unseren Handlungsspielraum bewahren und die Schuldensituation in den nächsten Jahren gut unter Kontrolle bringen können.

## **Detailberatung**

### **Ratspräsident Reto Buchmann**

Wir kommen zur **Detailberatung** und gehen die einzelnen Globalbudgets, die ja auch den Beschlussdispositiv-Ziffern entsprechen, einzeln durch.

Das Budget 2024 der Stadt Adliswil wird wie folgt festgesetzt:

**Ziffer 1** Für die Produktegruppe A Behörden und politische Rechte (Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Schulpflege, Baukommission, Sozialkommission, Friedensrichteramt, Abstimmungen und Wahlen) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'321'410 Franken festgesetzt.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen**

**Ziffer 2** Für die Produktegruppe B Kultur und Bibliothek wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'020'759 Franken festgesetzt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 3** Für die Produktegruppe C Einwohnerkontakte (Einwohnerwesen, Zivilstandswesen, Bestattungswesen, Einbürgerungen, Stadtammann- und Betreibungsamt) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'634'024 Franken festgesetzt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 4** Für die Produktegruppe D Finanzen (Dienstleistungen für Dritte, Tresorerie, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Liegenschaften Finanzvermögen) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 3'291'698 Franken festgesetzt.

Hier liegt ein Antrag von Wolfgang Liedtke (SP) vor. Er beantragt einen Nettoertrag von 13'291'698 Franken.

### **Wolfgang Liedtke (SP)**

Mein Antrag wurde soeben vorgetragen, daher kann ich mich auf die Begründung beschränken. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Stadt Adliswil Grundstücke

innerhalb der Bauzonen verkauft, um finanzielle Defizite im Haushalt zu decken. Die unerwarteten Mehreinnahmen und das voraussichtliche Plus der Erfolgsrechnung 2023 bieten die Möglichkeit, nun Kapital in Baugrundstücke zu investieren, um in Zukunft für die Entwicklung der Stadt oder für die Abgabe im Baurecht zu Erstellung von Wohnungen Boden verfügbar zu haben. Zum Zweck des Erwerbs von Boden sollen 10'000'000 Franken in einen Fonds gezahlt werden.

### **Vera Buchmann-Bach (FDP)**

Dieser Antrag wurde ja sehr kurzfristig eingereicht. Das sieht man ihm an, er ist ein richtiger Schnellschuss. Nicht ganz durchdacht. Wenn man wirklich etwas am Budget ändern möchte und nicht nur aus ideologischen Gründen etwas präsentiert, würde man eine Globalbudgetmotion einbringen und das auch früher, da das Budget uns schon länger vorliegt.

Ausserdem bringt der Antrag allein nichts, weil er nur das Budget dieser Produktgruppe erhöht, nicht aber den Zweck erweitert. Dafür hätten die Leistungsziele und Indikatoren entsprechend erweitert werden müssen.

Der Antrag will Grundstücke kaufen. Mit anderen Worten soll investiert werden. Mit dem Antrag von Wolfgang Liedtke soll nun aber der Nettoertrag aus der Produktgruppe Finanzen um 10 Millionen Franken erhöht werden. Da haben wir einfach einen Knopf: Wolfgang, Du willst den Ertrag erhöhen, indem wir Geld ausgeben, also einen Geldabfluss haben? Wenn schon, hättest Du doch eine Saldoverschlechterung fordern müssen, also ein Nettoaufwand.

Des Weiteren ist es doch so, dass Fonds - der Antrag schreibt von einem "Fonds" - so nicht rechtskonform sind. Der Antrag will eine Art Kriegskasse für Landkäufe schaffen. Das ist doch grundsätzlich absurd, denn letztlich ist jedes unserer Konten eine solche Kriegskasse. Der Stadtrat kann jederzeit einen Antrag für den Kauf einer Liegenschaft einbringen. Er braucht dazu keinen Fonds.

Es ist nicht sinnvoll, die Mehrerträge aus dem Jahr 2023 fast vollständig für einen Zweck - nämlich den Liegenschaften-Kauf - zu reservieren. Viele Redner sagten ja heute Abend, die Verschuldung sei hoch. Und dann wollt Ihr einfach 10 Millionen Franken blockieren? Wenn wir einen solchen "Fonds" hätten, würden die Gelder nicht für andere Vorhaben zur Verfügung stehen. Auch nicht für einen Schuldenabbau. Man muss es klar sagen: Dieser Fonds würde faktisch direkt mit Schulden finanziert werden.

Ich wollte im Sommer vom Stadtrat prüfen lassen, Liegenschaften an der Albi-sstrasse zu kaufen. Selbst die SP wollte das nicht. Da ist es nun sehr erstaunlich, dass die SP Gelder reservieren will, ohne überhaupt eine Idee zu haben, wo man etwas kaufen könnte bzw. sollte. Die FDP steht dafür ein, wenn es ein gutes Objekt gibt, einen Kauf zu prüfen. Aber situationsbedingt. Einfach auf Vorrat Gelder für Hauskäufe zu reservieren und so zu blockieren, ist aber nicht zukunftsgerichtet.

Die FDP wird diesen Schnellschuss-Antrag ablehnen.

### **Martial Jacoma (Die Mitte)**

Die Mitte/GLP/EVP-Fraktion findet die Idee, dass die Stadt Adliswil mit Landkauf aktiveren Einfluss auf die Stadtentwicklung nimmt grundsätzlich sympathisch. Dieser Antrag ist aber sehr kurzfristig eingegangen und – da schliesse ich mich meiner Vorrednerin an – etwas zu wenig durchdacht. Die Mitte/GLP/EVP-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

### **Thomas Iseli (FDP)**

Als ich im letzten Jahr in der Budgetdebatte einen Antrag auf Steuerfuss-Reduktion gestellt habe, wurde ich vom damaligen Ratspräsidenten Wolfgang Liedtke gemassregelt und dies nicht gerade in einer angemessenen Art und Weise.

Es ist ja schon lustig wie sich die Zeiten ändern – denn jetzt so unerwartet und kurzfristig wie noch nie, bringt doch die SP unter der Ägide von Wolfgang Liedtke einen Antrag ein, den man in dieser Form nicht erwarten konnte.

Im letzten Jahr war die Verbindung zum Budget absolut klar. Es war auch heute immer wieder ein Thema: Steuerfussreduktion ja oder nein. Jetzt ist es ein völlig neuer Ansatz und weder die Mitglieder des Grossen Gemeinderats noch die Fraktionen konnten sich darüber austauschen. Sollen wir uns nun zu etwas Äussern, was wir noch überhaupt nicht diskutieren konnten? Ein Schnellschuss wie er im Buche steht.

Wie sich doch die Zeiten ändern. Ich bitte doch sehr auch hier genau zu sein mit der Ratsordnung, sonst verkommen wir wirklich zu einem Plauderverein ohne Ordnung. Zuerst vor der eigenen Türe kehren, bevor man anderen an den Karren fährt oder zumindest die Ordnung hochhalten. Ich glaube deshalb kaum, dass dies für heute ein Thema sein kann.

### **Persönliche Erklärung**

#### **Wolfgang Liedtke (SP)**

Ich möchte nichts mehr zur Sache sagen, aber eine persönliche Erklärung abgeben.

Thomas, ich habe meinen Antrag zugegebenermassen sehr kurzfristig eingereicht, aber ich habe ihn vorher eingereicht. Laut unserer Geschäftsordnung darf ich das bis vor Beginn des Traktandums. Du hast letztes Jahr Deinen Antrag während Deines Votums eingebracht, nachdem das Traktandum längst aufgerufen war. Das entspricht nicht der Geschäftsordnung. Das miteinander zu vergleichen finde ich sozusagen unter allen Kanonen. Es ist richtig, ich habe meinen Antrag spät eingereicht, ich habe ihn auch erst spät formuliert, das ist nicht ideal, aber es ist zulässig.

#### **Stadträtin Karin Fein**

Vera Buchmann hat es bereits angedeutet, einmal abgesehen davon, dass unter den Bestimmungen von HRM2 die Bildung eines Fonds eine gesetzliche Grundlage erfordert, und damit eine Annahme deines Antrags inhaltlich nicht gesetzeskonform wäre, ist der Erwerb von Grundstücken als Vermögensinvestition ohne öffentlichen Zweck in der aktuellen Verschuldungssituation der Stadt Adliswil auch nicht sinnvoll.

Wenn wir freie Mittel aus dem Finanzhaushalt haben, müssen wir diese vorläufig vollständig für die nach wie vor hohen Investitionen im öffentlichen Aufgabenbereich verwenden, oder wenn sie in einem Jahr sogar diesen Wert übersteigen, zuerst für die Rückzahlung von Schulden verwenden. Ein Kauf von Grundeigentum müsste mit zusätzlichem Fremdkapital finanziert werden.

Wir verfügen übrigens bereits heute über Grundstücke im Finanzvermögen, die teils überbaut und teils nicht überbaut sind. Entgegen dem Begriff Finanzvermögen - der eigentlich die freie Verfügbarkeit dieser Vermögenswerte impliziert – haben wir uns selber in der Gemeindeordnung auferlegt, dass wir diese Grundstücke nicht frei veräussern. Wir können sie nur für einen sehr begrenzten Spielraum verwenden, wir können sie tauschen, aber wir können sie auch für eine Nutzung einer öffentlichen Aufgabe im Sinne des Gemeindegesetzes verwenden. Und dafür werden wir sie wohl früher oder später auch verwenden.

Dein Antrag zielt darauf ab, dass Wohnungsbau als öffentliche Aufgabe wahrzunehmen sei. Was sind denn öffentliche Aufgaben? Öffentliche Aufgaben sind Aufgaben, die im Auftrag des Gesetzgebers erfüllt werden müssen, sie sind nicht fakultativ; sie benötigen immer eine gesetzliche Grundlage. Wir haben aber keinen gesetzlichen Auftrag zum Wohnungsbau. Aber wir müssen beispielsweise unsere Schulhäuser, Sportanlagen, Strassen, und weitere Infrastruktur bauen, ausrüsten und in Stand halten.

Die Stadt Adliswil verfügt heute über Grundeigentum im Finanzvermögen im Betrag von rund 50 Millionen Franken. Ein nicht unwesentlicher Teil davon ist seit rund 30 Jahren im Baurecht an Genossenschaften abgegeben. Verkaufen oder diese Vermögensteile für die Entschuldung einsetzen, können wir aber nicht. Den einzigen Handlungsspielraum, den uns die freigebliebenen Grundstücke als Vermögenswerte geben, besteht vorderhand also nur beim Raumbedarf für öffentliche Aufgaben. Es wäre schön, wenn wir tatsächlich in der komfortablen Situation wären, um für die künftige Entwicklung unserer Stadt wichtige Grundstücke auf Vorrat aufkaufen zu können. Tatsache ist aber, dass weitere Käufe von nicht für öffentliche Zwecke direkt verwendete Grundstücke aktuell und auch in den kommenden Jahren ganz direkt zu einer Erhöhung der Verschuldung führen und gleichzeitig unseren finanziellen Spielraum hinsichtlich Entschuldung empfindlich reduzieren würden.

Unter HRM2 steht mit der finanzpolitischen Reserve ein sehr gutes Instrument für die mittelfristige Planung eines ausgeglichenen Haushalts zur Verfügung. Und das bespielen wir - und damit möchte ich auch dem Grossen Gemeinderat ein Kompliment für seine bisherigen umsichtigen Entscheide bei Bildung, Entnahmen und auch Verzicht auf Entnahmen in die finanzpolitische Reserve in den vergangenen fünf Jahren, machen. Vielen Dank an dieser Stelle insbesondere an die Rechnungsprüfungskommission für die konstruktiven Diskussionen und die diesbezüglichen Entscheide.

### **Ratspräsident Reto Buchmann**

Wir kommen zur Abstimmung und stellen dabei den Antrag von Gemeinderat Wolfgang Liedtke (SP) dem Kommissionsantrag gegenüber.

Somit haben Sie dem Kommissionsantrag mit 21 Stimmen zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 5** Für die Produktegruppe E Steuern (ordentliche Steuern, Quellensteuern, Grundsteuern, Steuerausscheidungen, Nach- und Strafsteuern) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 94'767'341 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 6** Für die Produktegruppe F Raumplanung (Bau, Planung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'277'048 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 7** Für die Produktegruppe G Verkehr (öffentlicher Verkehr, Verkehrsnetz) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 6'224'703 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 8** Für die Produktegruppe H Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie, Stadtentwässerung, Abfall) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 3'175'964 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

- Ziffer 9** Für die Produktegruppe I Landschaft (Wald/Bäche/Wiesen, Grünraum im Siedlungsgebiet, Landwirtschaft) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'164'789 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 10** Für die Produktegruppe J Sicherheit und Gesundheit (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Ziviles Gemeindeführungsorgan, Gesundheitsschutz und -versorgung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 4'979'081 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 11** Für die Produktegruppe K Sport, Sportanlagen (Hallen- und Freibad, Sportanlage Tüfi, übrige Sportanlagen, Schiesswesens, Sportunterstützung und Gesundheitsprävention) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 4'207'337 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 12** Für die Produktegruppe L Soziale Sicherung (AHV/IV/Zusatzleistungen, Beiträge zur sozialen Sicherung, Krankenversicherungsschutz, persönliche und wirtschaftliche Hilfe, Pflegefinanzierung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 23'366'638 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 13** Für die Produktegruppe M Soziale Dienstleistungen und Beratung (Altersfragen, Beiträge Soziale Dienstleistungen, Jugend, Freiwilligenarbeit, Integration, Kinderbetreuung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'887'946 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 14** Für die Produktegruppe N Volksschule (Kindergarten/Primarschule, Sekundarschule) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 39'987'468 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 15** Für die Produktegruppe O Spezielle Förderungen (Externe Sonderschulung, Therapie und Abklärung, Beratungen und Förderung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 6'205'566 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 16** Für die Produktegruppe P Schulergänzende Leistungen (Schulergänzende Betreuung, Musikschule) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 3'306'035 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 17** Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 26'294'000 Franken und Einnahmen von 4'445'000 Franken mit einer Nettoinvestition von 21'849'000 Franken wird festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 18** Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens mit Ausgaben von 245'000 Franken und Einnahmen von 0 Franken mit einer Nettoeinnahme von 245'000 Franken wird festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**
- Ziffer 19** Die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 1,2 Millionen Franken wird nicht bewilligt.

Hier liegt ein Antrag der Grünen-Fraktion vor. Diese beantragt, die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 1,2 Millionen Franken zu bewilligen.

**Daniel Schneider (GP)**

Ich kann mich kurzfassen, denn unser Antrag und die Begründung liegen dem Parlament vor. Und Pascal hat mit seinem Votum unseren Antrag untermauert. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

**Christoph Sütterlin (GLP)**

Das Ding ist grundsätzlich so, diese Entnahme ist eigentlich unnötig, weil wir den mittelfristigen Finanzausgleich mit einem absoluten Mehr überschreiben können und somit dieser im nächsten Jahr sowieso wieder gegeben ist. Der maximale Aufwandüberschuss, der vorgeschrieben ist vom Kanton, das wäre dann eigentlich der Moment, wo man diese eigentlich auflösen müsste und da reden wir von recht bitteren Zahlen. Darum würde ich empfehlen, dass man diese Entnahme nicht bewilligt. Es ist allerdings so, dass, wie ich es verstanden habe, Karin diese Entnahme auch nicht machen wird, wenn es nicht nötig ist.

**Ratspräsident Reto Buchmann**

Wir kommen zur Abstimmung und stellen dabei den Antrag der Grünen dem Kommissionsantrag gegenüber.

Somit haben Sie dem Kommissionsantrag mit 19 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 19: Die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 1,2 Millionen Franken wird nicht bewilligt.**

**Ziffer 20** Der Steuerfuss der Stadt Adliswil wird auf 100% des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.

**Ratspräsident Reto Buchmann**

Auch hier liegt ein Antrag der Grünen-Fraktion vor. Sie beantragt den Steuerfuss auf 102% des einfachen Gemeindesteuerertrags zu belassen.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen dabei den Antrag der Grünen dem Kommissionsantrag gegenüber.

Somit haben Sie dem Antrag der Grünen mit 15 Stimmen zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 20: Der Steuerfuss der Stadt Adliswil wird auf 102% des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.**

**Ziffer 21** Ein eventueller Aufwandüberschuss wird dem Bilanzüberschuss entnommen.

Auch hier liegt ein Antrag der Grünen-Fraktion vor. Diese beantragt, dass der budgetierte Aufwandüberschuss von 87'000 Franken dem Bilanzüberschuss entnommen werden soll.

**Ratspräsident Reto Buchmann**

Wir kommen zur Abstimmung und stellen dabei den Antrag der Grünen dem Kommissionsantrag gegenüber.

Somit haben Sie dem Kommissionsantrag mit 20 Stimmen zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

**Ziffer 21: Ein eventueller Aufwandüberschuss wird dem Bilanzüberschuss entnommen.**

**Ziffer 22** Dieser Beschluss ist vom Referendum ausgeschlossen.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 23** Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 - 22 im amtlichen Publikationsorgan.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 24** Mitteilung von Dispositivziffer 1 – 22 an den Stadtrat.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

### **Schlussabstimmung**

**Der Rat stimmt dem Budget 2024 mit 29 Stimmen zu 1 Stimme und 1 Enthaltung zu.**

Das Budget 2024 ist mit einem Gemeindesteuerfuss von 102% festgesetzt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

*Es gibt einen kurzen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 21:05 Uhr weiter.*

## **5. Feuerwehr Adliswil, Kreditantrag für die Erhöhung des Stellenplans (GGR-Nr. 2023-790)**

Für die Schaffung einer Stelle als Kommandantin oder Kommandant der Feuerwehr Adliswil im Rahmen von 20 Stellenprozenten sowie für die Erhöhung des Stellenplans für die Funktionen Staboffizier und Materialwartung, beantragt der Stadtrat für das Ressort Sicherheit, Gesellschaft und Sport eine Erhöhung des Stellenplans.

Antrag des Stadtrats vom 22. August 2023 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 27. November 2023.

### **Eintretensdebatte**

#### **Pascal Welti (GP), Referent der Rechnungsprüfungskommission**

Die Milizfeuerwehr ist seit Jahrzehnten in Adliswil verankert und bestreitet aktuell pro Jahr etwa 150 Einsätze (Tendenz steigend) mit 65 Milizionären und 12 Fahrzeugen. Sie löscht nicht nur Brände, sondern kümmert sich auch um geflutete Keller, umgestürzte Bäume oder erledigt Verkehrsdienst bei Events. Die Anzahl Einsätze steigen bedingt z. B. durch das anhaltende Bevölkerungswachstum und der gestiegenen baulichen Entwicklung in Adliswil.

Ähnlich wie bei der Polizei werden die Aufgaben bei der Feuerwehr komplexer und die Anforderungen steigen z.B. durch den Technologieschub, gerade auch im administrativen Bereich. Da mussten vermehrt auch Milizionäre eingesetzt werden, wo dann das Verständnis der – sonst im Allgemeinen sehr verständnisvollen – Arbeitgeber an seine Grenzen stösst.

Der Stadtrat beabsichtigt, die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr jederzeit zu gewährleisten, den Entwicklungen im Bereich Feuerwehr Rechnung zu tragen, die

Führungssituation zu klären und das Milizsystem der Feuerwehr der Stadt Adliswil zu stärken.

Deshalb beantragt der Stadtrat zusätzliche Stellenprozente und hat per 1. November 2023 auch bereits ein neues Reglement in Kraft gesetzt und einen neuen Kommandanten bestimmt.

Im Detail wird der

- Kommandant neu zu 20% angestellt, der
- Stabsoffizier von 80% auf 100% und der
- Materialwart von 60% auf 100% aufgestockt.

Im Total sind das 80 zusätzliche Stellenprozente, die jährlich wiederkehrende Kosten von 74'400 Franken verursachen.

Das mag auf den ersten Blick irritieren für eine Milizorganisation. Ja, das sind zusätzliche Fixkosten, doch muss betont werden, dass ein Grossteil der Kosten sowieso anfallen, neu halt als Lohn anstelle von Sold.

Auch in unseren Nachbargemeinden sind ähnliche Tendenzen zur Professionalisierung der Feuerwehr zu sehen. Auf Nachfrage der Rechnungsprüfungskommission konnte der Stadtrat aufzeigen, dass diese Erhöhung des Stellenplans im Vergleich zu ähnlichen Feuerwehren gerechtfertigt und nicht übermässig ist.

Die fixe Anstellung des Kommandanten sorgt nicht zuletzt auch für klare organisatorische Verhältnisse, so ist wegen der Anstellung der Kommandant neu dem Ressortleiter unterstellt und Materialwart sowie Stabsoffizier haben nicht mehr zwei Vorgesetzte, sondern nur noch den Kommandanten.

Vielen Dank an Mario Senn für seine offenen und detaillierten Ausführungen und seine zwei Besuche in der Rechnungsprüfungskommission. Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt mit 6:1 Stimmen Annahme der Vorlage.

### **Xhelajdin Etemi (SP)**

Wir unterstützen die vorgeschlagene finanzielle Aufstockung der Pensen, da die betreffenden Personen bereits erfolgreich in ihren aktuellen Pensen arbeiten. Es ist aber trotzdem wichtig, die Entwicklung genau zu beobachten. Wir empfehlen ausserdem, dass die betroffenen Personen, Kommandant, Stabsoffizier und Materialwart, einen Festlohn anstelle einer Stundenabrechnung erhalten, um deren Verwaltung zu vereinfachen.

Es ist zu beachten, dass diese Personen, welche dann der Aufsicht des Stadtrats für Sicherheit, Gesundheit und Sport unterstellt sind, und somit Verwaltungspersonal werden, ihre Pflichten in neuem Kleid genau gleich erfüllen. Es wäre besser gewesen den Antrag nach der Umsetzung des neuen Feuerwehrreglements zu stellen. Denn so hätte es die erste Erfahrung gegeben und der Antrag hätte immer noch gestellt werden können. Nun gilt es abzuwarten, wie sich diese Anstellungen mit Festlöhnen und dem neuen Reglement entwickeln.

Die SP-Fraktion begrüsst und empfiehlt mehrheitlich den Antrag des Stadtrats zur Annahme.

### **Martial Jacoma (Die Mitte)**

Der Antrag zur Erhöhung des Stellenplans bei der Feuerwehr Adliswil umfasst die drei Bereiche Kommandant/in, Stabsoffizier und Materialwartung.

Bezüglich Kommandanten macht der Wechsel vom Milizsystem zu einer festen Anstellung mit 20% Aufwand sicher Sinn. So ist der Kommandant in die Verwaltungsorganisation eingebunden, was für alle Beteiligten ein effizienteres Arbeiten ermöglicht. Auch die zusätzlichen Aufgaben und Aufwände seitens Stabsoffizier und Materialwartung sind nachvollziehbar aufgezeigt.

Aus Sicht Finanzen wird die Arbeit ja auch heute bereits geleistet und einfach über den Sold abgerechnet. Diese zusätzlichen Stellenprozente sind im Budget bereits enthalten.

Der Antrag wird von der Mitte/GLP/EVP-Fraktion unterstützt und wir wollen uns gerne herzlich bei den beteiligten Personen der Feuerwehr Adliswil bedanken, welche sich jederzeit mit grossem Einsatz für die Sicherheit der Stadt einsetzen z. B. auch jetzt über die Festtage. Also vielen Dank an die hier anwesenden Vertreter Herrn Cattaneo, Kommandant und Herrn Baumann, Offizier der Feuerwehr Adliswil. *(Beifall)*.

### **Jacqueline Schoch (GP)**

In den letzten Jahren sind die Einsätze der Feuerwehr in Adliswil stetig angestiegen. 2019 wurde eine zusätzliche Stelle mit Pensum 40% für die Schaffung eines Stabsoffiziers bewilligt. Dies ermöglichte eine Realisierung einzelner Projekte, doch für eine breite Umsetzung fehlten die Personalressourcen. Mit der Anpassung vom heutigen Stand die Stellenprozente zu erhöhen, macht Sinn. So werden in der Führungsebene die Belastung der Sachbearbeitungsthemen entfallen und die Arbeit fokussiert sich auf die Entwicklung und Aufgaben der Feuerwehr. Die alljährlichen Fixkosten werden zum Grossteil anstelle von Sold, als Lohn anfallen. Mit der Professionalisierung, bilden sich klare organisatorische Strukturen. Wir Grüne stimmen dem Antrag zu.

### **Heinz Geissler (FDP)**

In der letzten Ratssitzung haben wir einer Erhöhung des Stellenplans im Polizeicorps zugestimmt. Es gibt bei der Feuerwehr durchaus Parallelen dazu. Auch die Feuerwehr steht vor grossen Herausforderungen. Ich möchte nicht alles wiederholen was Pascal Welti bereits gesagt hat. Die Bevölkerung steigt stetig, es wurden mehr Einsätze geleistet und generell sind Komplexität und Anforderungen gestiegen. Ebenso gab es einen beachtlichen Technologieschub betreffend Einsatzmitteln.

Ein Vergleich mit Milizfeuerwehren von Nachbargemeinden zeigt zudem, dass diese oftmals, zum Teil deutlich, mehr Stellenprozente zur Verfügung haben.

Die FDP-Fraktion schlägt vor, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

### **Stadtrat Mario Senn**

Besten Dank für die positive Aufnahme dieses Antrags. Aufgrund Ihrer Voten kann ich daraus schliessen, dass der Antrag eine Mehrheit finden wird und ich danke Ihnen sehr dafür. Sie haben die Umfeld-Entwicklungen, welche dazu geführt haben, dass der Stadtrat diesen Antrag gestellt hat, genannt bekommen. Es geht darum, diesen Umfeld-Entwicklungen Rechnung zu tragen und wir tragen unter anderem mit diesem Antrag für einen Verpflichtungskredit Rechnung. Wir tragen dieser Entwicklung aber auch Rechnung, indem wir das Feuerwehr-Reglement verabschiedet haben. Dieses Reglement ist auch ein Baustein, der dazu dienen soll, dass die Feuerwehr gut funktionieren kann. Aus diesem Grunde ist auch die Idee, den Stellenantrag zu verschieben, nicht zielführend, denn es sind zwei Dinge, die zusammengehören. Sie stellen wie gesagt beide sicher, dass die Feuerwehr gut und modern aufgestellt werden kann. Es ist eine Herausforderung, Leute zu finden, die sich freiwillig

engagieren, und auch von ihren Arbeitgebern freigestellt werden, für diese wichtige Arbeit der Feuerwehr. Ich bin froh und stolz, dass dies der Feuerwehr Adliswil sehr gut gelingt und es spricht für diese Organisation. Es ist mir wichtig, dass sich diese Milizangehörigen auf das beschränken können, was sie am besten können, nämlich die Ereignisbekämpfung. Sie sollen nicht über Gebühr für Routinearbeiten herangezogen werden müssen. Diese können ebenso gut oder vielleicht sogar besser professionell erledigt werden. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus dem Bereich Materialwartung: Hier haben wir immer stärkere, technische Anforderungen an die modernen Geräte, die sauber gewartet werden müssen. Das ist eine Arbeit, bei der es gut ist, wenn jemand darauf spezialisiert ist. Wir glauben, wenn wir der Miliz ermöglichen, sich auf die Ereignisbekämpfung zu konzentrieren, wir attraktiv sind und bleiben. Damit wir weiterhin genug Adliswilerinnen und Adliswiler und solche, die hier arbeiten, finden, die in der Feuerwehr Adliswil Dienst leisten wollen. In dem Sinne danke ich Ihnen, dass Sie den Antrag so wohlwollend aufgenommen haben und ich danke aber auch jenen, die sich in der Feuerwehr Adliswil engagieren. Ich schätze dieses Milizengagement ungemein und ich denke, das macht auch die Bevölkerung. Und weil ich das letzte Stadtratsmitglied bin, das hier in diesem Jahr am Rednerpult stehen darf, wünsche ich Ihnen allen schöne Weihnachten und einen guten Rutsch.

### **Ratspräsident Reto Buchmann**

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

### **Detailberatung**

**Ziffer 1** Für die Schaffung einer Stelle als Kommandantin oder Kommandant der Feuerwehr Adliswil im Rahmen von 20 Stellenprozenten sowie für die Erhöhung des Stellenplans für die Funktionen Stabsoffizier und Materialwartung im Rahmen von zusammen 60 Stellenprozenten wird ein jährlich wiederkehrender Verpflichtungskredit in der Höhe von 74'700 Franken zulasten Konto 550.3010.00 bewilligt.

Diese Dispositiv-Ziffer untersteht der Ausgabenbremse. Ich werde das Ausgabenquorum mit der Schlussabstimmung abfragen.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 2** Das fakultative Referendum ist ausgeschlossen.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 3** Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 und 2 im amtlichen Publikationsorgan.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 4** Mitteilung von Dispositivziffer 1 und 2 an den Stadtrat.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

### **Schlussabstimmung**

Zwei unserer Ratsmitglieder sind Mitglied in der Feuerwehr und treten bei dieser Abstimmung freiwillig in den Ausstand.

Mit dieser Abstimmung stellen wir gleichzeitig fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 35 Mitgliedern. Für die Annahme dieses Antrags, resp. der Ziffer 1, braucht es das absolute Mehr, also mindestens 18 Stimmen. Kommen weniger als 18 Stimmen zustande, ist die Ausgabe abgelehnt.

Sie haben der Vorlage mit 27 Stimmen zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltung zugestimmt.

Damit haben Sie dem jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit in der Höhe von 74'700 Franken zulasten Konto 550.3010.00 für die Schaffung einer Stelle als Kommandantin oder Kommandant der Feuerwehr Adliswil im Rahmen von 20 Stellenprozenten sowie für die Erhöhung des Stellenplans für die Funktionen Staboffizier und Materialwartung im Rahmen von zusammen 60 Stellenprozenten bewilligt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

### **Fraktionserklärung**

#### **Esen Yilmaz (SP)**

Am 5. Dezember 2022 hat der Stadtrat informiert, dass er einen Ausschuss "Wirtschaft" gebildet hat. Wir von der SP-Fraktion begrüssen diesen Beschluss sehr und hoffen, dass regelmässig berichtet wird, bitte wenn möglich drei bis viermal im Jahr. Wir empfehlen dem Stadtrat, sich an der Stadt Schlieren zu orientieren, weil diese schweizweit in Sachen Innovation und Wirtschaftsförderung zu den führenden Gemeinden gehört. Notabene ist deren Stadtpräsident von der SP. Wir von der SP Adliswil sind bereit, den Link herzustellen. Es wäre wünschenswert, wenn die Exekutive ähnlich wie das Projekt Stadthaus-Areal ein partizipatives Verfahren ins Leben rufen könnte, nicht so detailliert oder in so grossem Rahmen, aber zumindest von interessierten Profis unter anderem aus dem Rat und aus der Wirtschaft. Wir gehen sogar weiter und fordern den Stadtrat auf, ein Teilzeitpensum von mindestens 20% bis 40% innerhalb von der Verwaltung zu schaffen, am liebsten aus dem Ressort Bau und Planung.

Auch wir wünschen Ihnen besinnliche und schöne Weihnachten und Festtage.

Den Schlummertrunk nehmen wir heute im Restaurant al Ponte ein. Auch ich wünsche Ihnen frohe Festtage, erholen Sie sich und rutschen Sie gut.

**Die Sitzung ist geschlossen.**

Schluss der Sitzung: 21.27 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin